

Nr. 20 – 2021/2

EINDRUCK

das Magazin für Politik
von Bündnis C

In dieser Ausgabe

Landeslisten und
Direktkandidaten

Themenschwerpunkte

Abgrenzung zu den Parteien

Nationale Buße



Bundestagswahl 2021

bündnis
Christen für Deutschland



www.buendnis-c.de



EINDRUCK
das Magazin für Politik
von Bündnis C

Nr. 20 – 2021/2

Inhalt

Editorial	4
Unsere Landeslisten und Direktkandidaten.	6
Eine Stimme an eine Kleinpartei – eine verlorene Stimme? Nein!!!	17
Gender und Klima – Eine neue Heilslehre?	18
Ruf zur Umkehr	28
Erbarmen über Deutschland	29
Unser neuer Bundesgeschäftsführer.	30
Spendenaufruf.	31
Stellenausschreibung	31
9,5 Thesen für christliche Politiker	32
Impfstatus begründet keine Grundrechte	33
Mobilitätswende mit synthetischen Kraftstoffen	36
Vollautonome Waffensysteme ächten.	38
Als Wächter der Mauern um Israel stehen	41
Ankündigung Bundesparteitag	44
Formular zum Anfordern von Infomaterial.	45
Schlusswort.	46
Impressum.	Rücks.

Es begrüßt Sie herzlich der Bundesvorstand:

Karin Heepen, Ute Büschkens-Schmidt, Mathias Scheuschner,
Friedemann Hetz, Micha Schlittenhardt, Verena Thümmel

Liebe Mitglieder und Interessenten,
sehr geehrte Damen und Herren,

Bündnis C wird in fünf Bundesländern auf dem Wahlzettel für die Bundestagswahl stehen: Baden-Württemberg, Sachsen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Diese gute Nachricht verdanken wir der Reduktion der nötigen Unterstützerunterschriften aufgrund der Corona-Einschränkungen, vor allem aber dem großen Einsatz der Verbände in dieser ersten Etappe des Wahlkampfes wie auch den elf Direktkandidaten, die sich zur Wahl stellen. Mecklenburg-Vorpommern tritt mit einer Landesliste und zwei Direktkandidaten zur zeitgleich stattfindenden Landtagswahl an. Und in Niedersachsen stehen unsere aktuellen Mandatsträger mit ihren Teams erneut zur Kommunalwahl. Wir danken allen Kandidaten und Helfern, die dieses Aufgebot für Bündnis C stellen und nun in die entscheidende Phase des Wahlkampfes eintreten!

Dieses Heft geht in den Druck, während in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz Tausende mit den Zerstörungen durch die Flutkatastrophe kämpfen, über 180 Menschen ihr Leben verloren haben und tausende Haushalte ohne Wasser, Gas oder Strom sind. Wir trauern mit den Angehörigen der Opfer, beten für die Verletzten, Vermissten und die alles verloren haben. Die Wucht der Zerstörung hat uns unsere Verletzlichkeit als Menschen neu vor Augen geführt und wie wenig wir unser Leben und diese Welt im Griff haben. Die politischen Schuldzuweisungen ließen nicht auf sich warten, von dysfunktionalen Warnsystemen bis zum Klimawandel. Wenige Tage später erschüttert eine schwere Explosion mit 7 Toten und über 30 Verletzten Leverkusen.

Als Christen fragen wir neben allen Erklärungen nach der geistlichen Dimension solcher Erschütterungen. Während der Fußball-Europameisterschaft Ende Juni konfrontierte die deutsche Öffentlichkeit die ungarische Mannschaft mit einem Gesetz ihres Heimatlandes, das Kinder und Jugendliche vor Bildungsprogrammen und Aufklärung durch LGBTQ-Lobbyverbände schützen soll. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen nannte das Gesetz eine Schande und drohte mit Maßnahmen der Kommission. Am Abend des Spiels gegen die ungarische Mannschaft wurden in zahllosen deutschen Städten Stadien und Gebäude in Regenbogenfarben beleuchtet. Anstelle herzlicher Gastfreundschaft begegnete den Sportlern deutsche Arroganz und verurteilender Moralismus.

Der Regenbogen ist kein politisches Kampfsymbol für Diversität gegen die Zweigeschlechtlichkeit des Menschen, sondern nach 1Mose 9 Zeichen des Bundes Gottes mit der Schöpfung und sein Versprechen, nie mehr mit einer Sintflut das Leben auf der Erde zu vernichten. Gott rettete in der Arche nicht wahllos Menschen und Tiere, sondern Noah und seine Frau, seine Söhne und deren Frauen, die Tiere paarweise, jeweils Männchen und Weibchen, damit sie sich nach der Sintflut erneut vermehren und die Erde bevölkern (1Mose 7).

Drei Wochen nach dem Missbrauch des Regenbogens für genderpolitische Zwecke erlebt Deutschland eine Flut der Zerstörung wie nie zuvor. Zufall oder Ruf Gottes? **Im Missbrauch des Regenbogens manifestiert sich die Gender-Ideologie zusammen mit einer Klima-Ideologie, die den Menschen und die Schöpfung nach eigenen Vorstellungen neu schaffen wollen.** Im Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen werden diesen Ideologien alle anderen Facetten des Lebens unterstellt und es wird eine radikale Agenda gegen die Schöpfungsordnung geplant. Wir haben das Programm in diesem Heft einer ausführlicheren Analyse unterzogen, um den ideologischen Totalitarismus und die Gefahren für unser Land deutlich zu machen. In Abstufungen folgen jedoch fast alle etablierten Parteien der Klima- und Gender-Agenda, und wir nehmen auch zu deren Ausrichtung und Positionen Stellung.

Wir sind uns bewusst, dass die zunehmend antichristliche Entwicklung in Deutschland nicht mehr allein mit einem politischen Gegenentwurf umgekehrt werden kann. Eine politische Wende hat nur mit der Umkehr unseres Landes zu Gott und Seinem Wort eine Chance. Deshalb laden wir mit einem Ruf zur Umkehr zu einer Nationalen Bußkonferenz mit „Erbarmen über Deutschland“ vor der Bundestagswahl in Nürnberg ein. **Unsere politischen Botschaften auf den Themenplakaten für die Wahlen bringen wir auf dem Hintergrund eines Kreuzes in die Öffentlichkeit**, weil das Kreuz der Ort unserer Hinwendung zu Gott ist.

Wir werden häufig gefragt, wie wir uns mit anderen Parteien zusammenschließen oder in Fraktionen zusammenarbeiten können, und haben dazu einige Grundsätze erarbeitet. In Bündnis C arbeiten wir für

eine christlich fundierte Politik auf der Basis der biblischen Ethik. Damit treten wir in die Risse, die konträre Ideologien in unserer Gesellschaft hervorgebracht haben. Wir grenzen uns grundsätzlich von den ideologischen Bindungen anderer Parteien ab, sei es Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus oder Neomarxismus. Diese Unterscheidung schließt aber eine sachbezogene Zusammenarbeit bei Themen nicht aus, wo andere Parteien mit uns dieselben Ziele verfolgen. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt halten wir es für essenziell, mit Vertretern aller Parteien den Dialog zu suchen und gute Beziehungen aufzubauen. Wir schließen uns jedoch keinen Fraktionen oder Koalitionen an, wo unsere christliche Bindung neutralisiert wird, wir damit verbundene inhaltliche Positionen aufgeben oder unverantwortliche Kompromisse mittragen müssten.

Diese Sicherheit sollen unsere Wähler haben, wenn sie uns ihre Stimme geben. Sie finden in diesem Heft noch einmal die Begründung, warum Ihre Stimme für unsere Partei nicht verloren ist, auch wenn wir noch nicht in den Bundestag einziehen.

Im letzten Eindruck-Heft hatten wir eine Diskussion zu **Bundeswehreinsätzen** und bewaffneten Drohnen angestoßen. Dazu lesen Sie in diesem Heft zwei Lesermeinungen sowie einen neuen Beitrag zur Ächtung vollautonomer Waffensysteme. Zur **Klimadiskussion** finden Sie einen Beitrag, wie eine Mobilitätswende mit synthetischen Kraftstoffen und Wasserstoff gelingen kann. Das Impfthema verfolgt uns weiter und wir positionieren uns gegen **Impfzertifikate** als Voraussetzung für die Gewährung von Bürgerrechten. Und in den erneuten Angriffen gegen **Israel** aus dem Gazastreifen stehen wir an der Seite des jüdischen Volkes und fordern unsere Regierung zu eindeutiger Unterstützung für Israel auf.

Wir bitten Sie nun um Ihre Hilfe für unsere Verbände und Direktkandidaten vor Ort im Wahlkampf. Bitte nehmen Sie Kontakt auf, verteilen Sie unser Kurzprogramm und Flyer in Briefkästen, helfen Sie plakatieren und an Infoständen, laden Sie Familie und Freunde zu unseren Veranstaltungen ein. Und wir danken Ihnen im Voraus, wenn Sie unsere Kampagne auch mit einer großzügigen Spende unterstützen. Informationen erhalten Sie auf unserer Website und in der Bundesgeschäftsstelle. **Wir freuen uns, dass Daniel Gräber seit Juni für uns als neuer Bundesgeschäftsführer arbeitet.** Er ist für den Wahlkampf gerüstet und hilft Ihnen gern weiter. Zu seiner Entlastung suchen wir

noch eine Hilfskraft für administrative Arbeiten. Dafür finden Sie die Beschreibung hinten im Heft.

Der diesjährige Bundesparteitag findet am 13. November in Karlsruhe statt. Bitte reservieren Sie den Termin.

Wir wissen nicht, was unser Land bis zur Bundestagswahl noch erleben wird. Aber wir wissen uns in Gottes Hand und unter Seinem Schutz in allen Erschütterungen. Inmitten des Wahlkampfes wünsche ich Ihnen und Ihren Familien dennoch eine erholsame, gesegnete Sommerzeit im Vertrauen auf die Zusage Gottes: Solange die Erde steht, wird nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht (1Mose 8,22).

Ich danke Ihnen für alle Unterstützung und grüße Sie herzlich im Namen des Bundesvorstandes von Bündnis C.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

EINDRUCK zum Herunterladen und Weiterleiten:

Unter buendnis-c.de/eindruck-magazin/ können Sie unsere EINDRUCK-Hefte online lesen und an Interessenten weitergeben.



Unsere Landeslisten und Direktkandidaten

Baden-Württemberg

Geschafft!

Die Landesliste für Baden-Württemberg steht.

Die Bundestagswahl steht nun direkt vor der Tür, und obwohl noch viel Arbeit vor uns liegt, blicken wir dankbar auf die letzten Monate und alles, was geschafft ist, zurück.

Am 11.04.2021 fand in Karlsruhe unser Aufstellungs-parteitag für die Landesliste zur Bundestagswahl statt. 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen unter den üblichen Corona-bedingten Auflagen zu diesem Anlass zusammen. Nach einer Andacht von Torsten Krause sowie einem ermutigenden Rückblick auf die Landtagswahl (Dr. Rainer Simon) beschäftigten wir uns mit allen Fragen rund um die Bundestagswahl. Dabei ging es zum einen um die formalen Prozesse und unsere Zeitplanung. Zum anderen ging es um die Wahlwerbung, vorhandenes Material, unser Vorgehen und die Sammlung der erforderlichen Unterstützungs-unterschriften.

Alle 11 Kandidaten für die Landesliste stellten sich, ihre Motivation und ihre Programmschwerpunkte vor, bevor die Wahl durchgeführt wurde. Allen Bewerbern gemein war das Grundanliegen, das uns als gesamte Partei wichtig ist, christliche Werte mit innovativen Ideen in die Politik zu tragen.

Folgende Bewerber wurden auf die Landesliste gewählt:

1. Jürgen Graalfs, Weil am Rhein
2. Andreas Haller, Oberreichenbach
3. Dr. Rainer Simon, Remchingen
4. Bernhard Heyl, Lörrach
5. Dr. Angelika Matscheko, Sinsheim
6. Torsten Krause, Schwäbisch Hall
7. Christiane Kölli, Stuttgart
8. Dirk Sieberhagen-Wagenführ, Heroldstatt
9. Jürgen Raphael, Karlsruhe
10. Norbert Giessler, Freiburg
11. Werner Bernhardt, Filderstad



Zu diesem Zeitpunkt gingen wir noch davon aus, dass wir 2000 Unterstützungsunterschriften brauchen würden, und begannen sofort, diese möglichst im ganzen Land über alle unsere Kontakte zu sammeln. Dass es schlussendlich nur 500 Unterschriften waren, die wir brauchten, hat uns die Sammlung unter Corona-Bedingungen deutlich erleichtert. Heute schauen wir mit Stolz und großer Dankbarkeit auf die 1062 Unterstützungsunterschriften, die wir am 14. Juli persönlich in Stuttgart unserer Landeswahlleiterin übergeben konnten.

Wie geht es nun weiter?

Nun beginnt der Wahlkampf. Wir möchten, wo immer es möglich ist, Veranstaltungen durchführen, Wohnzimmer treffen abhalten, Flyer verteilen und vieles mehr. Sichtbarkeit ist jetzt wichtig. Wie kann man uns dabei helfen?

- Wohnzimmer treffen: Sie laden einfach Ihre politisch interessierten Freunde zu sich nach Hause ein. Gerne kommt ein Mitglied des Vorstands dazu und beantwortet Fragen, stellt Bündnis C vor oder diskutiert mit Ihnen und Ihren Freunden über aktuelle politische Themen. Kontaktieren Sie uns und wir helfen beim Planen und Durchführen.
- Flyer verteilen: Sie möchten Flyer in die Briefkästen bringen? Teilen Sie uns einfach mit, wie viele Flyer Sie brauchen, und wir stellen Ihnen diese gerne zur Verfügung.

- Finanzielle Unterstützung: Wahlkampf kostet Geld. Gerne können Sie uns mit einer Spende unterstützen. Unsere Bankverbindung lautet: IBAN: DE76 5206 0410 0000 4143 79, BIC: GENODEF1EK1
- Wie kann ich mit dem Landesverband in Kontakt treten? Am einfachsten ist es, wenn Sie eine Email senden an: Miriam.Einloft@buendnis-c.de

Herzlichst, Ihr



Jürgen Graalfs

Landesvorsitzender
Baden-Württemberg

Unser Direktkandidat:



Jürgen Raphael

Wahlkreis 271
Karlsruhe

Als Christ möchte ich gerne den Willen meines Gottes, des Vaters, vollbringen bzw. weitergeben, so wie es uns Jesus aufgetragen hat. Mir sind wichtig: Eine gerechte Familienpolitik, Stärkung der Familien mit Kindern und von Alleinerziehenden. Eine gerechte Asylpolitik, keine Ausweisung von Konvertiten in Länder wie z. B. den Iran; hingegen Ausweisung von vorbestraften bzw. gewalttätigen Asylsuchenden. Gerechte Arbeitsbedingungen, gegen hohe Vorstandsgehälter; gleichwertige Bezahlung von Mann und Frau.

Bündnis C geht neue Wege im Bundestagswahlkampf 2021

Das Experiment ist gelungen. Ca. 20 Teilnehmer erlebten am 22.07.2021 in Remchingen ein ausdrucksvolles Lobpreiskoncert der lokal bekannten Gruppe „Bandwurm“ mit kurzen politischen Inputs. „Da macht Politik richtig Laune“, war der Kommentar einer Teilnehmerin.

Die Bundesvorsitzende von Bündnis C Karin Heepen aus Erfurt war zu Besuch in Remchingen. Sie hat bei dieser Veranstaltung im Sitzungssaal der Kulturhalle zusammen mit Dr. Rainer Simon, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbandes Baden – Württemberg, zu politischen Themen gesprochen. In ihren kurzen Stellungnahmen schlug Frau Heepen einen weiten Bogen aus der Geschichte bis ins Heute. Sie hob hervor, dass die christliche Ethik unsere Kultur von ihren Wurzeln her geprägt und Europa erfolgreich, human und frei gemacht hat. Frau Heepen wies darauf hin, dass Erschütterungen wie die Finanzkrise 2008, die Flüchtlingskrise 2015 und nun die Corona-Krise unsere Sicherheiten, Wohlstand und Freiheit in Frage stellen. Dies sind Herausforderungen, denen es mit einer Umkehr zu Gott und der Respektierung seiner Lebensordnungen zu begegnen gilt. Man kann mit der Gender-Politik den Menschen und mit der Klima-Politik die Schöpfung nicht nach eigenem Gutdünken beherrschen. Christliche Politik sei nicht nur konservativ und die Wahrheit weder rechts noch links, sondern Jesus Christus. Frau Heepen betonte: „Wir brauchen die biblische Grundlage für eine lebensdienliche Politik.“

Dr. Rainer Simon ging auf den Einwand ein, dass sich die Leute oft davor scheuten, eine kleine Partei zu wählen, weil sie befürchten, eine „verlorene Stimme“ abzugeben. Dr. Simon hob hervor, dass man erst nach



der Wahl sagen könne, ob eine Stimme verloren ist oder nicht. Dies sei lediglich der Fall, wenn das Ergebnis der konkurrierenden Parteien knapp voneinander abweicht. Dann können wenige Stimmen eine Wahl entscheiden.



Dieser Fall trete jedoch selten oder nie ein. Deshalb mache es immer Sinn, die Partei zu wählen, deren Programm einem am meisten zusagt.

Am 23.07.2021 rundete die Vorführung des Filmes „Unplanned: Was sie sah änderte alles“ zwei politische Tage in Remchingen ab. Der Film erzählt die wahre Geschichte von Abby Johnson, die acht Jahre Leiterin einer Beratungs- und Abtreibungsklinik war und dann durch ein überraschendes Erlebnis zur überzeugten Menschenrechtsaktivistin wird. Es waren „Danke“-Veranstaltungen für 5,5 % Wählerstimmen bei der vergangenen Landtagswahl in Remchingen.



Dr. Rainer
Simon

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Baden-Württemberg

Sachsen

Der Landesverband Sachsen hat es zur Bundestagswahl geschafft

Wir sind Gott sehr dankbar, dass er uns die Kraft und Ausdauer dafür gegeben hat. Nachdem am 6. März 2021 die Landesliste mit sechs Kandidaten aufgestellt war, gingen wir an die Wahl der zwei Direktkandidaten. Janko Vieweg wird im Wahlkreis 159 Dresden I als Direktkandidat antreten. Simon Haustein, seit Februar 2021 Parteimitglied, ist Direktkandidat im Wahlkreis 164 Erzgebirge I.

In Dresden wurde als Erstes Kontakt zu den Parteimitgliedern des Wahlkreises aufgenommen, um uns kennenzulernen. In der Aufstellungsversammlung am 9. April 2021 waren wir fünf Parteimitglieder und unser Vorsitzender Thomas Lamowski. Janko Vieweg wurde einstimmig zum Direktkandidaten gekürt. Frohen Mutes ging es ans Sammeln der Unterstützerunterschriften für den Kreiswahlvorschlag und die Landesliste. Die Aufstellungsversammlung für den Wahlkreis 164 fand mit drei Parteimitgliedern und Hartmut Voß als Beisitzer des Landesvorstandes statt. Die Wahl fiel einstimmig auf Simon Haustein. Ab 5. Mai konnte er Unterstützerunterschriften für seine Direktkandidatur sammeln.

Zu diesem Zeitpunkt lag die Hürde mit 200 Unterstützerunterschriften für die Direktkandidaten und 2000 für die Landesliste noch sehr hoch. Wir beteten und hofften, dass es eine Corona-bedingte Absenkung gibt. In Dresden und in Leipzig konnten wir nach den Gottesdiensten in unterschiedlichen Kirchgemeinden (wenn auch nicht in den Gemeinderäumen) Unterschriften sammeln. Die Angesprochenen waren meist sehr offen und verstanden, dass wir Bündnis C auf dem Stimmzettel in Sachsen wollen. Manche Gemeindeleitungen machten es uns jedoch schwer und verboten uns, die Leute anzusprechen.

Der Landesverband tauschte sich regelmäßig einmal im Monat über Zoom aus und es gab montags ab Mitte Mai 2021 ein regelmäßiges Gebetstreffen per Videokonferenz. Wer konnte und wollte, kam zum Gebet. Es tat gut, unsere Bemühungen nicht ohne unseren himmlischen Vater zu bestreiten, und im Gebet Ihn um Hilfe zu bitten. Eva Vieweg hatte den Eindruck zu beten, dass Unterstützerunterschriften aus Bad Muskau und der Lausitz kommen sollten. Kurioserweise gibt es aber dort keine Parteimitglieder außer in Herrnhut. Dann bekam Thomas Lamowski einige Unterschriften aus diesen Orten. Gott ist so gnädig.



*Besonders aktiv beim Unterschriften sammeln:
Familie Esther und Rainer Resch aus Lichtenstein*

Am 16. Mai 2021 erhielten wir die schönste und motivierendste Nachricht: Wir brauchen nur 50 Unterschriften für die Direktkandidaten und 500 für die Landesliste. Jetzt stand fest: Wir werden es mit Gottes Hilfe schaffen. Jeder, der sammelte, gab sein Bestes, damit wir es diesmal in die 2. Spalte des Stimmzettels schaffen.

Am 11. Juni 2021 konnten 59 Unterschriften für die Direktkandidatur im Wahlkreis 159 Dresden I abgegeben werden. Simon Haustein hat 65 Unterstützerunterschriften geschafft. Für die Landesliste wurden am 16. Juli 890 Unterschriften beim Landeswahlleiter eingereicht, 30 wurden noch per Post nachgeschickt.

Jetzt geht es an den Wahlkampf. Der MDR Kandidatencheck ist unsere nächste Herausforderung.

Vielen Dank an alle Parteimitglieder und Freunde, die uns geholfen haben!

SOLI DEO GLORIA



Unsere Direktkandidaten:



Janko Vieweg

**Wahlkreis 159
Dresden 1**

Ich möchte mich einsetzen für eine soziale, solidarische, friedliebende Kultur- und Wertegemeinschaft. Diese will ich fördern und bewahren. Die biblischen Werte bieten hierfür die allerbeste Basis. Meine Schwerpunkte sind innere Sicherheit, Bildung und Kultur sowie Soziales.



Simon Haustein

**Wahlkreis 164
Erzgebirgskreis 1**

Bereits als Jugendlicher wurde mein Interesse für Politik geweckt. Nach vielen Jahren in der evangelischen Jugendarbeit möchte ich mich als Direktkandidat im Wahlkreis Erzgebirgskreis I zur Verfügung stellen. Wichtige Schwerpunkte sind für mich die Wirtschaft und regionale Infrastruktur, die Stärkung von Familien und der Schutz unserer Grund- und Freiheitsrechte.

Bayern

Bündnis C Bayern ist bei der Bundestagswahl dabei

Der Landesverband Bayern von Bündnis C hat zum ersten Mal eine Landesliste zur Bundestagswahl erfolgreich eingereicht. Am 16.7.2021 fand der entsprechende Termin in den Räumlichkeiten des Bayerischen Landesamtes für Statistik statt. Somit wird der Landesverband Bayern nun mit einer acht Kandidaten umfassenden Landesliste auf den Wahlzetteln zur bevorstehenden Bundestagswahl zu finden sein. Außerdem treten zwei Direktkandidaten in der Landeshauptstadt München und dem Kreis Hof-Wunsiedel an.

Für die erfolgreiche Anmeldung der Landesliste wurden die beglaubigten Unterstützungsunterschriften maßgeblich von unseren Mitgliedern kurzfristig bereitgestellt. Wir konnten schlussendlich die geforderten 500 Unterschriften deutlich übertreffen, sodass ich mit 561 bestätigten Unterstützungsunterschriften den Weg nach Fürth antreten konnte. Es sind darüber hinaus sogar noch weitere Unterschriften eingegangen.

Dafür möchte ich im Namen des Landesvorstandes Bayern meinen herzlichen Dank aussprechen. Bitte danken Sie auch denjenigen Unterstützern, die wir mit diesem Medium nicht erreichen!

Wir bitten auch im Wahlkampf um Ihre Mithilfe: Helfen Sie, unsere Positionen bekannt zu machen. Geben Sie uns Bescheid, wenn Sie Flyer verteilen möchten. Wir schicken Ihnen Material zu. Überzeugen Sie Menschen in ihrem Umfeld von uns und unseren Zielsetzungen.

Wir werden ehrlich sein, wir werden versöhnen, und wir werden innovative Ansätze in die Politik tragen. Helfen Sie uns, das zu ermöglichen. Wir sind noch immer ein kleines Team von Aktiven. Helfen Sie mit, es zu vergrößern, und werden Sie aktiv!

Ebenso wichtig: Wir brauchen Beter. Wir bitten um Gebet für die vor uns liegende Zeit der Vorbereitung und des Wahlkampfes. Wir bitten um Gottes Segen, seinen Schutz und Weisheit, seinen Willen zu erkennen und zu tun.

Und wie immer gilt: Kommen Sie auf uns zu mit den Themen, die Sie bewegen.

Herzliche Grüße,

Sven Pilz

Landesvorsitzender Bayern

Unsere Direktkandidaten:



Verena Thümmel

**Wahlkreis 239
Hof**

Im Moment arbeite ich mit großer Leidenschaft im Vertrieb/Kundenservice bei einem Bildungsträger und bekomme hier viele Einblicke, was die Menschen bewegt und wie auch zum Teil mit Steuergeldern gearbeitet wird. Meine Hauptthemen sind in der Familienpolitik, aber auch Bildung und Wirtschaft sind durch meinen Beruf zu Schwerpunkten geworden. Hier möchte ich mich aktiv gerne einsetzen. Wenn sich eine Tür für mich in Berlin öffnet, sehe ich mich in einem Ausschuss für Familienpolitik, denn das liegt mir besonders am Herzen. Wenn Gott es will, wird er das tun, und ich bin bereit und möchte mich von ihm gebrauchen lassen.



Horst Wodarz

**Wahlkreis 218
München-Ost**

Wir brauchen Regierende, die nicht ihren eigenen Vorteil im Auge haben, sondern sich vielmehr als Verwalter und Diener des Volkes betrachten. Wir brauchen Personen, die wahrhaftig sind und auf deren Wort sich die Bürger verlassen können. Ich werde mich insbesondere für die Beendigung der Spaltung innerhalb der Gesellschaft sowie für die Rückkehr zu einer gesunden Debattenkultur einsetzen. Nur als starke, vereinte Nation können wir den Herausforderungen der Zukunft entgegentreten.

Wer Ehrfurcht vor dem HERRN hat, der hasst das Böse. Ich verachte Stolz und Hochmut, ein Leben voller Bosheit und Lüge ist mir ein Gräuel! (Sprüche 8,13)

Nordrhein-Westfalen

Liebe Parteifreunde und -freundinnen,

das Bangen um das Gelingen und um die Reduktion der geforderten Unterstützungsunterschriften ist abgeschlossen. Am 17.07.2021 konnten wir dank eurer Unterstützung die geforderte Anzahl von 500 Unterstützungsunterschriften zusammen mit unserer Landesliste dem Landeswahlleiter übergeben. **Der HERR hat unsere Bemühungen getragen und wir treten mit fünf Kandidaten auf der Landesliste für Bündnis C zur Bundestagswahl an.**

Daher möchte ich die Gelegenheit nutzen, um mich als Landesvorsitzender zu bedanken. Die Zeit, die von Euch investiert wurde, und die Gebetserhöhung, die wir durch eure Gebetsgemeinschaft erlebt haben, machen mich sprachlos. Zumal die Abgabe des Wahlvorschlages mitten in die Flutkatastrophe fiel in unserer Region. Auch Velbert stand unter Wasser.

Erschreckend sind die hinter uns liegenden Ereignisse. Erhebend ist der erlebte Zusammenhalt in den einzelnen Gemeinschaften, Dörfern und Städten. Jeder tat was er konnte. Wichtig bleibt mir anzumerken, dass es um den Menschen geht, und zwar um jeden einzelnen. Als Landesverband beten und hoffen wir weiter auf die Hilfe unseres Herrn Jesus Christus. Im Geiste sind wir mit unseren Mitmenschen, die in Angst und Trauer um Angehörige sind und für das Wohl der Gemeinschaft eintreten. Berichten zufolge haben uns sogar Spenden aus vielen Nationen erreicht.

Was heißt das Ganze jetzt für unseren jungen Landesverband? Wir treten nun zum ersten Mal in den Bundestags-Wahlkampf ein und hoffen auf eine länderübergreifende Zusammenarbeit.

Wir möchten Euch bitten, für uns zu beten – für die verwüsteten Regionen und um Gelingen für unseren Wahlkampf mittendrin. In Psalm 91 heißt es: Du bist für mich Zuflucht und Burg, mein Gott, dem ich vertraue. Er rettet dich aus der Schlinge des Jägers und aus allem Verderben. Er beschirmt dich mit seinen Flügeln, unter seinen Schwingen findest du Zuflucht, Schild und Schutz ist dir seine Treue.

In diesem Sinne möchten wir unsere Mitmenschen segnen. Der Herr segne und behüte unser Land, er lasse sein Angesicht leuchten über uns und schenke uns seinen Frieden.

Marcel Stubbe

Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen

Unsere Direktkandidaten:



Marcel Stubbe

**Wahlkreis 105
Mettman II**

Ich bin 30 Jahre alt und lebe in Velbert. Wichtig ist mir zu betonen, dass jede Stimme bei der Bundestagswahl zählt. Daher sind wir auf Eure Hilfe angewiesen, um auf uns aufmerksam zu machen. Wir haben uns als Partei einer Politik nach christlichen Grundsätzen verpflichtet und bringen uns damit ins politische Geschehen ein. Unseren politischen Lösungen liegen das biblische Menschenbild und die christliche Ethik zugrunde, die unsere Kultur und den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat von ihren Wurzeln her geprägt haben.



Dietrich Janzen

**Wahlkreis 134
Minden-Lübbecke,
Espelkamp**

Meine politischen Ziele: Glaube, Familie, Freiheit, Friede. Ich setzte mich für die Rückbesinnung auf die christlichen Werte in unserer Gesellschaft ein, Lebensschutz, praktische Nächstenliebe und die Förderung der traditionellen Familie. Freiheit ist ein sehr hohes Gut, das es schützen gilt. Freiheit vor staatlicher Bevormundung. Wir glauben an Gott, den Vater, nicht an Vater-Staat. Enorm wichtig ist das friedfertige Miteinander der Bürger mit ihren unterschiedlichen kulturellen und religiösen Prägungen. Deutschland wird an den Grenzen der Bundesrepublik verteidigt, nicht in Afrika, dem Nahen oder Fernen Osten. Bündnispolitik ist Verteidigungspolitik.

Hessen

Auch Hessen hat es geschafft

Auf die Landesliste für Hessen wurden 23 Personen für Bündnis C gewählt mit der Landesvorsitzenden Andrea Rehwald an der Spitze.

Es treten außerdem 4 Direktkandidaten an:



Peter Schäfer von Reetnitz

**Wahlkreis 174
Fulda**

Ich stelle mich zur Wahl für den 20. Deutschen Bundestag, weil ich möchte, dass die Ordnungen Gottes in der deutschen Politik wieder Stimme bekommen. Ich meine, dass es zu meiner Christenpflicht gehört, mich zu den zunehmenden Fehlentscheidungen der gegenwärtigen Politik zu Wort zu melden. Ich engagiere mich stark für das Lebensrecht der noch Ungeborenen, für die Reinerhaltung und Verstehbarkeit unserer Sprache und für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Stärkung der Familien. Außerdem möchte ich dazu beitragen, dass Personen und Vorgänge, die das Leben der Deutschen regulieren, transparenter werden.



Wolfgang Peuckert

**Wahlkreis 168
Kassel**

Meine Motivation als Direktkandidat für den Bundestag geht an die Wurzel unseres Demokratieverständnisses. Robert Schuman (1886 – 1963), französischer Staatsmann, schrieb: ‚Demokratie wird entweder christlich sein oder es wird sie nicht mehr geben. Eine anti-christliche Demokratie wird eine Parodie sein, die entweder in Tyrannei oder Anarchie versinkt!‘ Für beides haben wir weltweit genügend Anschauungsmaterial. In der Gottvergessenheit unserer Mitbürger tun sich auch bei uns diese Abgründe auf. Wir laden Sie ein, mit uns die Demokratie in unserem Land zu retten!



Reinhard Seiler

**Wahlkreis 178
Rheingau-Taunus –
Limburg**

Ich möchte mich für Folgendes einsetzen:

- 1. Politik soll wieder christlicher werden und Christen wieder politisch engagierter.*
- 2. Widerstand gegen die Erosion ursprünglicher Grundgesetz-Artikel durch ständige Änderungen.*
- 3. Das Feld der Erziehung und Elternschaft soll stärker von ursprünglich staatstragenden christlichen Werten geprägt sein statt von schein-progressiven Ideologien. Eltern, Schulen und Universitäten sollen angemessen ausgestattet werden.*
- 4. Die politisch geförderte, rapide zunehmende Kapital-Konzentration in den Händen weniger soll als gesellschaftliches Problem erkannt werden. Man kann nicht zugleich dem Geld dienen UND dem Volk.*

4. Kandidat:

Alfred Härtzsch

**Wahlkreis 170
Schwalm-Eder**

Mecklenburg-Vorpommern

Landtagswahl

Parallel zur Bundestagswahl findet am 26. September 2021 die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern statt. Bündnis C wird - vorbehaltlich der Zustimmung des Landeswahlausschusses - mit einer Landesliste dabei sein. Darüber hinaus werden in zwei der 36 Wahlkreise unsere Direktkandidaten mit der Erststimme wählbar sein:

Im Wahlkreis 5 (Hansestadt Rostock II: Ortsteile Lütten Klein, Evershagen und Reutershagen) wird Arne Gericke antreten und im Wahlkreis 15 (Landkreis Rostock III: Teterow, Amt Gnoien, Amt Krakow am See, Amt Laage, Amt Mecklenburgische Schweiz, Amt Schwaan) Peter Reizlein.

Programmatisch setzen wir auf eine Politik nach dem biblischen Menschenbild und eine Verteidigung elementarer Werte und Grundrechte. Wir treten insbesondere ein für:

Die Stärkung gesunder familiärer Strukturen, d. h.

- der Ehe zwischen Mann und Frau
- kinderreicher Familien
- der elterlichen Erziehungsverantwortung
- des seelischen und körperlichen Kindeswohls.

Eine fundierte leistungs- und werteorientierte Bildung durch:

- die angemessene Förderung von Schulen in freier Trägerschaft
- ein mindestens 6-monatiges Förderprogramm zur Kompensation der Corona-bedingten Bildungsabbrüche an den Schulen.

Die Bewahrung der Schöpfung durch:

- Förderung bäuerlicher Familienbetriebe und
- die Berücksichtigung aller relevanten Aspekte sowie der langfristigen Folgen (Nachhaltigkeit) bei umweltpolitischen Entscheidungen.

Christian Hauser

Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern

Unsere Direktkandidaten für die Landtagswahl:



Arne Gericke

Wahlkreis 5

Hansestadt Rostock II

Ich werde mich dafür stark machen, dass unsere Heimat nicht verloren geht. Klimawandel, Sicherheit vor Ort gegen die Macht multinationaler Unternehmen, Schutz vor Terror bzw. Extremismus und ein fester Finanzrahmen. Ich möchte regionale Unternehmen erhalten, dafür ehrliche Investoren gewinnen, den Klein- und Mittelstand fördern, Kräfte bündeln. Unser Ort muss zu einer kommunalen Kraft werden. Dafür fange ich im Kleinen an. Ich fördere gesunde Familien für eine gesunde Gesellschaft und will die Erziehungsverantwortung der Eltern stärken: Bindung vor Bildung. Der Kampf gegen die Pandemie hat die Schulden in die Höhe schießen lassen. Eine Lösung, die allen nutzt, ist die Finanztransaktionssteuer.



Peter Reizlein

Wahlkreis 15

Landkreis Rostock III

Meine Motivation: Der Weg ist das Ziel, Farbe bekennen, Themen anbieten:

- Förderung von kinderreichen Familien
- Förderung der Schwangeren-Konfliktberatung
- Solide Haushaltsführung
- Abbau von Subventionen
- Sicherheit in der Energieversorgung
- „Klimaschutz“ mit Maß und Erkenntnis.

Niedersachsen

Kommunalwahl

Unsere Mandatsträger in Niedersachsen stellen sich mit ihren Teams erneut zur Kommunalwahl am 12. September 2021.

Für den Kreistag Osnabrück-Land und den Gemeinderat Bad Essen kandidieren jeweils:

Listenplatz 1: Hermann Bohnenkamp,
derzeit unser Mandatsträger

Listenplatz 2: Annegret Spilker und

Listenplatz 3: Katharina Eichwald.

Hermann Bohnenkamp stellt sich zusätzlich für den **Ortsrat Eielstedt** zur Wahl.



Für den Gemeinderat Wedemark wurden folgende Kandidaten aufgestellt:

1. Martin Schönhoff (Landwirt und derzeitiger Mandatsträger)
2. Emil Weigand (IT-Consultant/Rentner)
3. Anneke Weigand (Selbstständig/Hausfrau)
4. Jörg Lischitzki (Dipl. Kaufmann)
5. Thomas Langwald (Polizeikommissar)



Für den **Ortsrat Hellendorf** stehen Martin Schönhoff und Jörg Lischitzki zur Wahl, für den **Ortsrat Mellenendorf/Geilhof** Emil Weigand und für den **Ortsrat Elze/Meitze** Thomas Langwald.

Was uns bewegt

Als gläubige Christen sehen wir unsere Verantwortung vor Gott und den Menschen darin, einen Beitrag zu leisten, unsere Stadt und unsere Kommunen als einen lebenswerten Ort zu gestalten.

Wichtiger als alles Tun sind uns dabei die Werte, die wir in der Politik und der Gesellschaft leben: Solidarität, Freiheit, Respekt und Toleranz, auch gegenüber Meinungen, die vom Mainstream abweichen. Nur gemeinsam gelingt uns eine Gesellschaft, die lebenswert ist für alle.

Konkrete Themen:

- Wir brauchen mehr Gewerbe in der Wedemark. Das generiert Arbeitsplätze und Einnahmen, um Aktivitäten zum Gemeinwohl finanzieren zu können.
- Die Einrichtung des Gewerbegebietes Gailhof ist (leider) beschlossen. Jetzt geht es darum, verlorenes Vertrauen wieder zu gewinnen, Transparenz zu gewähren und maximale Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Den achtsamen Umgang im Dialog fördern.
- Für eine Kultur der Freiheit durch Recht und gute Argumente. Keine verachtende Ausgrenzung Andersdenkender. Durch geduldiges Hinhören Lösungen finden, die der Gemeinschaft nützen.
- Förderung der örtlichen Vereine und der Dorfgemeinschaft, sowie die Würdigung und Unterstützung des Ehrenamtes in seinem Engagement.
- „Sanfte“ Entwicklung ermöglichen (Lückenbebauung) bei gleichzeitiger Erhaltung des dörflichen Charakters.

Wir vom Landesvorstand wünschen Gottes reichen Segen und stehen im Gebet für unsere Mandatsträger ein. Danke für eure treue Mitarbeit!

Der Landesvorstand Niedersachsen

Schleswig-Holstein

Themenschwerpunkte setzen

Der Landesverband Schleswig-Holstein setzt nun Schwerpunkte für die politische Arbeit und bereitet sich auf die Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 08. Mai 2022 vor.

Mit Hans-Ulrich Neumann hat der Landesverband einen verkehrspolitischen Sprecher, der die Infrastruktur kennt und weiß, welche Verkehrsmittel in welcher Region erforderlich sind. Defizite im Straßen- und Schienennetz sind ihm aus seiner beruflichen Praxis bekannt, sodass er durch seine Fachkenntnis in der Lage ist, Vorschläge für eine bedarfsgerechte Verkehrspolitik zu machen.

Birgit Konzelmann kennt die Herausforderungen im Gesundheitswesen und wird sich für eine nachhaltige und zeitgemäße Gesundheitspolitik engagieren. Auch in der Familienpolitik wird sie Schwerpunkte setzen. Die zunehmende Vereinsamung der Menschen in unserer Gesellschaft betrifft nicht nur die Senioren, sondern bedauerlicherweise immer mehr Kinder. Die neuen Medien machen einsam, weil virtuelle Kontakte keine echte Gemeinschaft ersetzen können. Hinzu kommt deren Suchtpotenzial. Die neuen Medien sind das Suchtmittel unserer Zeit.

Christin Sztenc kennt die Defizite der Bildungspolitik und die Bedürfnisse der Kinder in Schule und Kindergarten. Gerade in diesem Bereich ist es entscheidend,

nicht nur theoretisches Wissen zu haben, sondern aus der eigenen Lebenserfahrung heraus Politik machen zu können.

Mir als Vorsitzendem des Landesverbandes ist wichtig, dass für die Gestaltung der politischen Zukunft ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen und der Verschwendung von Steuergeldern der letzten Jahre Einhalt geboten wird. Die Neuverschuldung zu Lasten der nächsten Generationen muss aufhören. Die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank kommt einer Enteignung der Bürger gleich und einer Steuererhöhung durch die Hintertür.

Die einzelnen politischen Felder für Schleswig-Holstein mit landesspezifischen Inhalten zu füllen, haben wir uns für die nächsten Wochen und Monate vorgenommen. Ich freue mich auf die Arbeitstreffen des Landesverbandes.

Hans Martin
Konzelmann

Landesvorsitzender
Schleswig-Holstein



Unsere Themenplakate



Eine Stimme an eine Kleinpartei – eine verlorene Stimme? Nein!!!

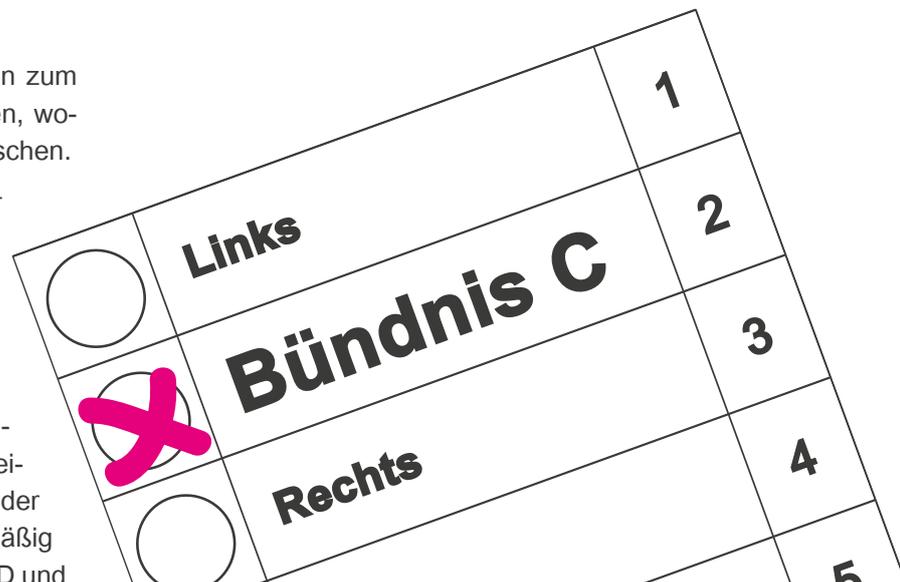
Gerade aus diesen Gründen wählen Sie uns: Bündnis C – Christen für Deutschland

Immer wieder wird von den etablierten Parteien zum Wahlboykott gegen die Kleinparteien aufgerufen, wobei häufig falsche Darstellungen die Bürger täuschen.

Es wird behauptet, die Stimmen der Wähler einer Kleinpartei seien verloren, da diese auf jene Parteien „verteilt“ würden, die nach der Wahl in den Landtag einziehen. Das ist eine irreführende Darstellung, die nicht den Tatsachen entspricht. Es ist zwar so, dass diese Stimmen bei der Zusammensetzung des Landtags nicht ins Gewicht fallen, aber sie werden keineswegs „verteilt“ (d.h. aufgeteilt), so dass der Wähler einer Kleinpartei seine Stimme anteilmäßig der Linken, der AFD, der FDP oder auch der SPD und der CDU/CSU gibt. Nicht die Stimmen an eine Kleinpartei (eine Partei also, die nicht über die 5%-Marke gelangt) werden aufgeteilt, sondern die der Nichtwähler. Denn die Parteien-Prozente werden nicht von der Summe der **Wahl-Berechtigten** errechnet, sondern von der Summe der **Wahl-Beteiligten** (also der tatsächlich wählenden Bürger).

Bei einer Wahlbeteiligung von 65 % bleiben also nicht 35 % der Abgeordnetensitze im Landtag oder Bundestag leer. Die Nichtwähler „wählen“ also indirekt doch. Sie stimmen faktisch der neuen Zusammensetzung des Landtages zu, weil sie ihre Stimme keiner Alternativpartei gegeben haben. Wer das vermeiden will, der sollte

- Entweder zur Wahl gehen und eine **kleine Partei** ankreuzen, die es ggfs. nicht über die 5%-Hürde schafft
- Oder auch dann zur Wahl gehen, wenn er keine Partei findet, mit der er sich solidarisieren kann – und dann eine **ungültige Stimme** abgeben. Denn diese erscheint ebenso wie die Stimmen für die Kleinparteien unter der Rubrik „Sonstige“.



Das Wahlrecht der Staatsbürger, ihre Wahlberechtigung, ist eine der tragenden Säulen der Demokratie und soll sicherstellen, dass die Volkssouveränität gewahrt bleibt. Deshalb: immer wählen gehen!

Warum sind die dargestellte Unterscheidung und Wahlbeteiligung so wichtig?

- Weil es zum einen um die Frage der demokratischen **Verantwortung** geht. Die Landtage bzw. der Bundestag sollten möglichst mit einer hohen Wahlbeteiligung gewählt werden, um die Zusammensetzung des Parlaments mit einer hohen Legitimation auszustatten.
- Zum anderen geht es ggfs. um die **individuelle Mitschuld**. Eine Demokratie ist eine Volksregierung, die durch gewählte Volksvertreter ausgeübt wird. Daher ist jeder Wähler mit seiner Stimme mitverantwortlich – und ggf. mitschuldig – für alles, was die von ihm indirekt (durch Nichtwahl) mitgewählten Parteien tun oder lassen!

Diese Auszüge aus einem Artikel von Joachim Hübel drucken wir noch einmal ab, um unsere Wähler zu ermutigen, uns ihre Stimme uns zu geben: Damit sie nicht verloren ist für eine Partei, die sie eigentlich nicht wollen, sondern uns auf dem Weg in die Parlamente hilft.

Gender und Klima – Eine neue Heilslehre?

Zum Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen und unsere Positionierung zu den Parteien

Das Wahlprogramm der Grünen erhebt Führungsanspruch. Nach einer Ära reaktiver Politik und kurzfristiger Verhinderung des Schlimmsten durch die bisherigen Regierungen¹ reklamieren sie den langen Atem und den klaren Kompass, um Deutschland in eine bessere Zukunft zu führen. Dafür muss man sehen, wohin die Reise geht. Die grüne Partei weiß vor allem, was sie verhindern will: die Klimakatastrophe. Der Verringerung von CO₂ in der Atmosphäre sollen die Wirtschaft und das gesamte gesellschaftliche Leben unterstellt und dadurch zum Besseren verwandelt werden: Bildung und Kultur, Arbeit und Digitalisierung, Wissenschaft und Innovation. Was als Vision wie ein neues Paradies auf Erden formuliert ist, birgt in sich eine Politik radikaler Dekonstruktion und Wunschvorstellungen.

Die Analyse grüner Politik und deren Konfrontation mit den biblischen Ordnungen von Schöpfung und Erlösung soll menschlich wohlklingende Formeln transparent machen in ihrem ideologischen Totalitarismus und der Gefahr für unser Land.

Hybris der Machbarkeit

„Wir wissen, wie man eine Industriegesellschaft sicher ins Zeitalter der Klimaneutralität führt. Wie man dafür den Kohleausstieg beschleunigt und Versorgungssicherheit gewährleistet, wie viel mehr Strom aus Wind und Sonne gewonnen werden kann und der Naturschutz gestärkt wird. Wir wissen, wie man eine sozial-ökologische Marktwirtschaft entwickelt, die zukunftsfähige Jobs, sozialen Schutz und fairen Wettbewerb in Deutschland und Europa zusammenbringt, wie man der Globalisierung klare Regeln setzt und multinationale Konzerne angemessen besteuert. Wir wissen, wie wir in eine starke Gesundheitsversorgung und eine moderne Infrastruktur, in gute Schulen und öffentliche Räume, in einen gut funktionierenden und bürger*innennahen Staat investieren können. Es ist möglich, Ungleichheit zu verringern, gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Dorf, in der Kleinstadt und in der Metropole herzustellen und Kinder ins Zentrum zu rücken. Wir können volle Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern erreichen und eine vielfältige Einwan-

derungsgesellschaft gestalten. Wir sind in der Lage und fest entschlossen, Europa als Wertegemeinschaft demokratisch zu stärken und im globalen Systemwettbewerb gerechter und handlungsfähiger zu machen. Das lässt sich mit internationaler Solidarität meistern und wenn wir unsere Art zu leben und zu wirtschaften so gestalten, dass wir Krisen an anderen Orten der Welt nicht verschärfen.“²

Damit ist die Agenda des Programms umrissen und gleichzeitig das Selbstbewusstsein der grünen Partei. Jede Partei entwirft Pläne und Ideen, um die Zukunft zu gestalten. Was hier als Wissen um die zukünftige Gesellschaft dargestellt wird, kann aber nur eine theoretische Vorstellung sein. Der Weg ist bei den Grünen jedoch festgelegt: mit einer CO₂-Bremse zum Klimaschutz als Querschnittsaufgabe. Eine Bereitschaft, auf Entwicklungen zu reagieren, die die prophezeite Zukunft in Frage stellen, ist in dem Programm nicht zu erkennen.

Als Bündnis C halten wir fest, dass nicht wir die Zukunft vorhersagen, sondern bestenfalls die Verheißungen Gottes uns Leitlinien geben, wie wir eine gerechte – statt einer „klimagerechten“ – Gesellschaft gestalten können. Eine Regierung ohne den Kompass des Wortes Gottes, egal aus welcher Partei, wird Deutschland weiter in die Irre und damit in selbst gemachte Katastrophen führen. **Nicht die Klimakrise ist die Existenzfrage unserer Zeit, sondern die Abwendung des Menschen von Gott und seinen Geboten die Existenzfrage aller Zeiten.** Die Corona-Krise war eine erste globale Erschütterung, die uns die Zerbrechlichkeit unseres Lebens hier und heute und zu jeder Zeit vor Augen führt und uns zur Umkehr zu Gott ruft. Zukunftsweisende Politik kann in der Hinwendung zu den Lebensordnungen gelingen, die uns in der Bibel gegeben sind, in der Anerkennung unserer menschlichen Begrenztheit und der Erlösungsbedürftigkeit unserer Welt.

Totalitär gegen die Menschen

Je radikaler eine Regierung an ihren selbst errichteten Vorstellungen festhält, desto restriktivere Gesetze und Verbote wird sie zu deren Durchsetzung erlassen, die

¹ Vgl. https://cms.gruene.de/uploads/documents/Vorlaeufiges-Wahlprogramm_GRUENE-Bundestagswahl-2021.pdf S. 2.

² S. 1f.



die Menschen in ihrer Freiheit, Rechten und Eigenverantwortung für ihr Leben beschneiden. Der folgende Abschnitt umreißt den totalitären Charakter der grünen Agenda:

„Wir stellen in einer künftigen Regierung das Pariser Klimaabkommen in den Mittelpunkt und richten das Handeln aller Ministerien danach aus. Wir lenken all unsere Kraft darauf, Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die uns auf den 1,5-Grad-Pfad führen. Klimagerechtigkeit ist eine Frage des politischen Kanons. Wir begreifen es als unsere Aufgabe, bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren Menschen. Solch klare politische Ordnungsrahmen entlasten auch uns als Menschen im Alltag und schaffen Freiheit.“³

Wenn politische Ordnungsmaßnahmen den Menschen entlasten sollen, handelt es sich um Entmündigung und die Wegnahme von Eigenverantwortung durch die Verengung des Denk- und Handlungsspielraumes, innerhalb dessen Menschen sich frei bewegen und agieren dürfen. **In diesem zynischen Sinn wurde und wird Freiheit von sozialistischen Systemen definiert.** Auch ohne „bessere Menschen“, die aktiv aus Überzeugung ihren Lebensstil ändern, sollen neue Regeln durchgesetzt werden, auch gegen die Bevölkerung.

Klimaschutz soll systematisch in die Rechtsordnung aufgenommen werden, die Vorgaben des Pariser Klimavertrages sowie der Atomausstieg im Grundgesetz verankert und Ökologie als Grundprinzip staatlichen Handelns gelten. Sämtliche Genehmigungsprozesse

werden mit einer Klimaverträglichkeitsprüfung belegt. Der Bundeshaushalt soll klimagerecht, die Verwaltung klimaneutral und Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe werden. Die sozial-ökologische Transformation und Digitalisierung soll mit einem starken und effizienten Staat, neuen Behörden und Verwaltungsstrukturen Realität werden.

Der Staat ist auch von der Bibel her die Ordnungsmacht für die Gesellschaft und nach Römer 13 von Gott dafür eingesetzt, um das Böse zu begrenzen und das Gute für die Gesellschaft zu fördern. Dieses Gute macht sich an den Weisungen Gottes fest, nicht an einer Klima-Agenda. Als Bündnis C stellen wir in einer künftigen Regierung die Gebote Gottes, wie wir sie im Dekalog haben, in den Mittelpunkt und richten das Handeln unserer Politik danach aus. **Leitlinie ist die Liebe zu Gott, unseren Mitmenschen und zur Schöpfung, die Leben schafft und schützt.**

Glauben an die Wissenschaft statt an den Schöpfer

Gestützt und verteidigt wird die grüne Agenda mit einem Konsens wissenschaftlicher Theorien zur Erderwärmung durch CO₂ und die dadurch verursachte Klimakrise. Andere Lehrmeinungen dazu werden aus dem wissenschaftlichen Diskurs ausgeschlossen, obwohl das grüne Programm einen kritischen Diskurs und eine Vielfalt an Meinungen innerhalb der Hochschulen und der Wissenschaft als Voraussetzung für eine demokratische, pluralistische Gesellschaft benennt. Das gilt offensichtlich nicht für abweichende Klimatheorien. Im Gegenteil sollen die Hochschulen

3 S. 3.

einen Nationalen Aktionsplan „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ durchgängig umsetzen.

Wenn Wissenschaft die Wahrheit beansprucht, täuscht sie sich und die Welt über die unvermeidliche Vorläufigkeit, Bedingtheit und Unschärfe der eigenen Erkenntnisse, Prognosen und Empfehlungen hinweg. Wenn die Politik eine solche „Wahrheit“ absolut und alternativlos setzt und ihren Empfehlungen blindlings folgt, polarisiert sie die Gesellschaft und errichtet ein autoritäres System, wie es das Programm der Grünen entwirft.

In Bündnis C sehen wir die Wissenschaften als Gabe Gottes an zur Erforschung und Nutzbarmachung der Naturgesetze. Seriöse Wissenschaft kann jedoch nur den Istzustand erforschen, nicht die Zukunft vorhersagen. Ob erhöhte CO₂-Mengen Ursache, Begleiterscheinung oder Folge von höheren Temperaturen sind, kann empirische Forschung nicht feststellen. **Mit dem Absolutheitsanspruch wissenschaftlicher Prognosen zum Klimawandel wird die Schöpfung dem Diktat von politischen Akteuren unterworfen anstelle guter Haushalterschaft unter der Weisheit des Schöpfers.** „Politisches Handeln in der geistigen Tradition der Aufklärung sowie die Orientierung an den Erkenntnissen der Wissenschaft“⁴, wie sie die Grünen verfolgen, produzieren maßgeblich die Krisen der Gegenwart.

In Bündnis C wissen wir um die Grenzen wissenschaftlicher Forschung und den Schöpfer und Erhalter der Naturgesetze, der im Gegensatz zu uns alles Wissen und alle Macht über das Geschehen in unserer Welt hat in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Seine Zusage, dass Er diese Welt erhält, hat Gott im Bund mit Noah gegeben: „Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht.“ (1Mose 8,22). **In diesem Vertrauen setzen wir auf wissenschaftliche Forschung, die uns hilft, unsere natürlichen Lebensgrundlagen, Ressourcen, Böden und Gewässer schonend zu nutzen und auch für zukünftige Generationen zu erhalten.** Wir sehen das Leiden der Schöpfung und ihre Erwartung, dass die Söhne und Töchter Gottes offenbar werden (Römer 8,19-22), die in der Weisheit und Offenbarung Gottes forschen und agieren, um die Natur, Pflanzen- und Tierwelt zu pflegen, zu nähren und zu schützen. Wir sollen nicht das Klima retten, sondern in einer liebevollen Beziehung mit der ganzen Schöpfung leben.



Energierévolution zulasten der Natur, der Wirtschaft und der Schwachen

Die grüne Agenda will Kohle, Öl und Gas komplett durch Sonnen- und Windenergie ersetzen. Auch Heizung soll mit erneuerbarer Energie funktionieren. In Deutschland hat sich der Strompreis in den letzten 20 Jahren bereits verdoppelt und die CO₂-Steuer verteuert die Lebenshaltungskosten für private Haushalte zunehmend. Die Energiepreise, Instabilität der Netze und Abhängigkeit von Energieimporten sind für die deutsche Industrie bereits jetzt ein Standortnachteil.

Mobilität soll mit der Bahn, dem Rad, zu Fuß oder mit emissionsfreien Autos auskommen. Damit wird der Bevölkerung ein neuer Lebensstil vorgeschrieben, der individuelle Mobilität auf kollektive Beförderungsmittel umlenkt. Der steigende Anteil älterer, in ihrer körperlichen Mobilität eingeschränkter Menschen, Behinderte und Mehr-Kind-Familien werden damit aus autofreien Gebieten verdrängt. **Entgegen der propagierten grünen, inklusiven Gesellschaft wird Städten für leistungsorientierte Singles das Feld bereitet.**

Wir setzen mit Bündnis C auf effiziente, ressourcenschonende Technologien wie synthetische Kraftstoffe, Wasserstoff und Brennstoffzellen, statt mit Elektroautos neue Schrotthalden zu produzieren und mit noch mehr Windrädern und Solarparks die Landschaft zu zerstören. AKWs und Kohlekraftwerke dürfen erst abgeschaltet werden, wenn die Energieversorgung zuverlässig mit anderen Energieträgern sichergestellt ist. Mobilität muss flexibel und inklusiv bleiben, wenn Stadträume verkehrsberuhigt und grüner werden.

4 S. 80

Sozial-ökologische Wirtschaft nach staatlichen Vorgaben

„Wir können eine sozial-ökologische Marktwirtschaft im Sinne des Gemeinwohls in Europa begründen, die Wohlstand mit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit versöhnt und den Menschen dient. [...] Damit das gelingt, stellen wir die Weichen konsequent auf Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft und ermöglichen der Wirtschaft neue Spielräume innerhalb der planetaren Grenzen. Wir schaffen Anreize, streichen umweltschädliche Subventionen und setzen ordnungspolitische Regeln, um nachhaltig zu produzieren, zu handeln und zu konsumieren. Wir betrachten Konzepte wie Wachstum, Effizienz, Wettbewerb und Innovation als Mittel zum Zweck und bemessen klimagerechten Wohlstand, das eigentliche Ziel von Politik, neu.“⁵

Nicht nur für die Energieproduktion, sondern für die gesamte Wirtschaft, Angebot und Nachfrage, Bauindustrie wie Finanzanlagen sollen Vorgaben zu Grenzwerten, CO₂-Reduktionszielen und Produktstandards unternehmerisches Handeln politisch steuern und damit der deutschen und europäischen Wirtschaft „Planungssicherheit“ geben. Klimagerechtes Wirtschaften nach staatlichen Vorgaben wird subventioniert und die öffentliche Beschaffung an Klima- und Sozialstandards für Produkte und Dienstleistungen gebunden.

Mit dem klimaneutralen Umbau will die grüne Agenda unsere Wirtschaft zum Spitzenreiter bei den modernsten Technologien machen und sieht darin die beste Chance, Arbeitsplätze in Deutschland und anderen Ländern zu erhalten und neue zu schaffen. Staatliche Überregulierung behindert jedoch bereits jetzt vor allem im Mittelstand Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und Innovation. **Das grüne Programm karikiert Marktwirtschaft zu einer Planwirtschaft nach grünen Vorgaben**, und das mit mindestens europäischem Anspruch. Der Green Deal der EU soll ambitioniert umgesetzt werden mit dem Ziel einer dekarbonisierten europäischen Wirtschaft.

Als Bündnis C sehen wir Wachstum, Effizienz, Wettbewerb und Innovation nicht als Mittel zum Zweck eines „klimagerechten Wohlstandes“, sondern für die lebensdienliche und langfristige Versorgung des Landes. Wir setzen auf eine beziehungsorientierte Marktwirtschaft, wo die Verantwortung zuerst bei den Unternehmen liegt, die die Wirtschaft ausmachen, nicht beim Staat. Unternehmen sollen die Freiheit haben, mit ihren Mitarbeitern, Kunden, Zulieferern, Anteilseig-

nern und der Region zusammen verantwortlich und nachhaltig zu wirtschaften. **Eine beziehungsorientierte Wirtschaft stellt alle Beteiligten am Wirtschaftsprozess inklusive der Umwelt ins Zentrum, nicht nur Klimavorgaben.** Qualitatives statt quantitatives Wachstum beendet Raubbau an der Umwelt und unseren Ressourcen inklusive.

Statt Familien Kinder im Fokus

„Ob Alleinerziehende, Patchwork-, Stief- oder Regenbogenfamilie – Familien sind vielfältig und diese Vielfalt muss ein modernes Familienrecht auch abbilden. [...] Verantwortung wird nicht nur da füreinander übernommen, wo Kinder sind. Mit dem Pakt für das Zusammenleben werden wir eine neue Rechtsform schaffen, die das Zusammenleben zweier Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, unabhängig von der Ehe rechtlich absichert.“⁶

Die natürliche Familie findet keine Erwähnung. Dafür soll soziale Elternschaft rechtlich abgesichert werden. Das Abstammungsrecht soll reformiert werden, sodass Co-Mütter analog zu Vätern automatisch als zweites rechtliches Elternteil gelten. Ehen sollen steuerlich nicht mehr privilegiert und die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen gestärkt werden. Um das Rentenniveau zu sichern, soll vor allem die Frauenerwerbstätigkeit erhöht werden.

Über ordnungspolitische Maßnahmen hinaus wollen die grüne Partei bis in die Familien hineinregieren: „Wir wollen, dass die Sorge in der Familie gemeinsam und gleichberechtigt getragen wird und sehen darin eine Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter. Dafür ist es notwendig, dass insbesondere Väter gleichermaßen Verantwortung und Sorgearbeit in der Familie übernehmen.“⁷ Das Elterngeld soll auf 24 Monate ausgeweitet werden, aber auf nur maximal 16 für ein Elternteil. KiTas werden erwartungsgemäß ausgebaut und den Arbeitsanforderungen der Eltern angepasst einschließlich Schichtdienst und Wochenendarbeit. Grundschule soll Ganztagschule mit Rechtsanspruch werden. Kinder sollen mit einer Kindergrundsicherung ausgestattet, vor Gewalt geschützt werden und Kinderrechte ins Grundgesetz.

Grüne Familienpolitik fokussiert damit vor allem auf die Kinder. Das Diktat der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird weiterverfolgt und Eltern werden in ihrer Erziehungsverantwortung geschwächt. Statt den Zusam-

5 S. 27f.

6 S. 51

7 S. 55

menhalt von Familien zu fördern, sollen Experten eine nationale Strategie gegen Einsamkeit entwickeln.

In Bündnis C verorten wir in der natürlichen Familie den primären Beziehungs- und Erfahrungsraum der Gesellschaft. Eine umfassende Persönlichkeitsbildung, individuelle Förderung, Freizeit und Betreuung gelingen nicht primär in der kollektiven Verfassung von Kita und Schule, sondern in den individuellen Bezügen der Familien. Dafür brauchen Eltern familiengerechte Arbeitszeiten und finanziellen Freiraum für die Bildung und Erziehung ihrer Kinder mit einem Erziehungsgehalt. Eine Regierung hat Familien keine Rollenverteilung vorzuschreiben, sondern deren Privatsphäre zu respektieren.

„Die Hälfte der Macht den Frauen.“⁸

Eine feministische Regierung soll Geschlechtergerechtigkeit in allen Lebens- und Politikbereichen schaffen. Dafür liefern die Sozialwissenschaften und Genderstudies die Legitimation. Mit einer verbindlichen Gleichberechtigungsstrategie werden Gesetze einem Gender-Check unterzogen. Für staatliche Institutionen gilt Diversität als Leitprinzip.

Mit einem Paritätsgesetz und Frauenquoten für Aufsichtsräte und Vorstände von Unternehmen sollen Frauen mehr Macht bekommen. Bei der Vergabe von Fördermitteln und öffentlichen Investitionen muss der Frauenanteil einer Organisation bzw. eines Start-Ups berücksichtigt werden. Die Vergabe öffentlicher Aufträge soll Kriterien der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen. Mit geschlechtersensibler Lehre werden Frauen gezielt für MINT-Studiengänge und Ausbildungsberufe angesprochen.

Zentral ist ein bundesweiter ressortübergreifender Aktionsplan für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Dazu gehören die institutionelle Förderung und Projektförderung der LSBTIQ-Verbände, -Organisationen und -Stiftungen und eine bundesweite Aufklärungskampagne für junge Menschen gegen Homo-, Bi-, Trans- und Queerfeindlichkeit. Die Länder sollen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt und Diversität in den Lehr- und Bildungsplänen konsequent umsetzen. **Die sexuelle und geschlechtliche Identität soll in Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz ergänzt werden.**

Eine Änderung des Geschlechtseintrags und des Namens soll ohne psychologische oder medizinische Gutachten möglich sein. Operationen und Behandlungen

von intergeschlechtlichen Kindern sollen verboten werden, medizinische körperangleichende Maßnahmen hingegen vom Gesundheitssystem finanziert. Konversionsbehandlungen sollen komplett verboten werden.

Auch die internationale Zusammenarbeit wird auf Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe ausgerichtet und eine 50-Prozent Frauenquote in internationalen Verhandlungen vorgeschrieben. Weltweit will eine grüne Regierung die Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien zum Schutz von LSBTIQ kontrollieren und in der Entwicklungspolitik einen Schwerpunkt darauf setzen. Außen-, Entwicklungs-, Handels- und Sicherheitspolitik werden feministisch.

In Bündnis C setzen wir nicht auf Geschlechterkampf um die Macht, sondern auf die gegenseitige Ergänzung der besonderen, schöpfungsgemäßen Begabungen von Frauen und Männern. Geschlecht ist primär biologisch determiniert und nicht sozial und kann nicht beliebig gewählt oder verändert werden. Es soll sich ohne ideologische Beeinflussung frei entfalten entsprechend den individuellen Begabungen zum Besten für die Gesellschaft. Unternehmen und Institutionen sollen Mitarbeiter nach Qualifikation und Eignung einstellen, nicht nach Vorgaben für Geschlechterquoten. Die Feminisierung der Erziehungs- und Sozialwissenschaften und reformpädagogische Bildungskonzepte haben Jungen bereits zu Verlierern bei den Schulabschlüssen gemacht. Kompensatorische Gerechtigkeit, wie sie vom Feminismus verfolgt wird, bringt neue Ungerechtigkeit und Diskriminierung zum Schaden für den Einzelnen und die Gesellschaft. In dem Maße, wie feministische Politik gegen die Schöpfungsordnung gerichtet ist, schwächt sie die menschliche Identität, Beziehungs-, Bildungs- und Leistungsfähigkeit und macht eine Gesellschaft unfruchtbar.

Ende des Lebensschutzes

Unter der Überschrift „Selbstbestimmung durch Gesundheitsversorgung“⁹ wird der ungehinderte Zugang zu Abtreibungen gefordert. Ob eine Frau ein Kind abtreibt, ist allein ihre selbstbestimmte Entscheidung. Beratungsangebote sollen weder verpflichtend sein, noch auf das Austragen des Kindes zielen. Abtreibung soll in die Ausbildung von Ärzten integriert und die generelle Kostenübernahme garantiert werden. **Zur Entstigmatisierung und Entkriminalisierung sollen § 218 und § 219 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden.** Das Werbeverbot für Abtreibungen in § 219a StGB soll

8 S. 32

9 S. 97



abgeschafft und Lebensschutzorganisationen bundeseinheitlich an Gehsteigerberatungen gehindert werden. In der internationalen Zusammenarbeit soll reproduktive Gesundheit, also das Recht auf Abtreibung, in allen Projekten verankert werden. Die Wahrung der Selbstbestimmung bis ans Lebensende schließt selbstbestimmtes Sterben ein und Zugang zu Sterbehilfe.

Wir setzen als Bündnis C einem vermeintlichen Recht auf Abtreibung oder Sterbehilfe das einfache Gebot Gottes entgegen: Du sollst nicht töten (2Mo 20,13). **Die Freigabe von Abtreibung und Sterbehilfe etabliert eine Kultur des Todes, die Deutschland erneut in Unmenschlichkeit, Blutschuld und Verderben fallen lässt.** Wir gewichten das Lebensrecht ungeborener Kinder höher als das Selbstbestimmungsrecht der Mutter, weil die Eltern für das Kind verantwortlich sind. Wir wollen Abtreibungen verhindern mittels Verbot wie in § 218 Strafgesetzbuch verankert und mit einem Kindergeld ab Empfängnis. Werdende Eltern sollen breite Unterstützung bekommen und Adoptionen vereinfacht werden, um jedem ungeborenen Kind zum Leben zu helfen.

Globaler Anspruch

Grüne Demokratie soll konsequent europäisch sein und die EU der Zukunft die Föderale Europäische Republik mit einer europäischen Verfassung. Die EU-Grundrechtecharta soll gegenüber den Nationalstaaten einklagbar werden. Mit einem EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte sollen Verstöße von Mitgliedstaaten sanktioniert werden. Das Einstimmigkeitsprinzip soll durch Mehrheitsent-

scheidungen in Mitentscheidung des Europäischen Parlaments abgelöst werden.

Für eine anzustrebende Fiskalunion soll der Europäische Stabilitätsmechanismus zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickelt und der Euro zu einer internationalen Leitwährung werden. Die Grünen wollen die europäische Währungsunion zu einer Sozialunion ausweiten mit gemeinsamen Arbeits- und Sozialstandards und europäischer Sozialversicherungsnummer. Soziale Rechte sollen als Grundrechte gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar sein.

Mit der EU als Hebel sollen ambitionierte Standards für die globale sozial-ökologische Transformation gesetzt werden. Klimaaußenpolitik, legale Flucht und Migration, die Stärkung supranationaler Organisationen und ein kooperatives Weltwährungssystem sind Eckpunkte. Entwicklungszusammenarbeit und Teile der humanitären Hilfe sollen die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und die Pariser Klimaziele finanzieren. Und Deutschland soll bei der politischen Entschärfung von Konflikten auf globaler Ebene eine treibende Kraft werden.

Deutschland soll in Europa und der Welt nicht mehr nur moderieren, sondern anfangen, eine „... aktive Politik zu betreiben und als gestaltende Kraft voranzugehen im Sinne einer multilateralen und vorsorgenden, einer kohärenten und wertegeleiteten Politik – stets europäisch und entlang einer verlässlichen deutsch-französischen Zusammenarbeit, mit unseren Partner*innen innerhalb und außerhalb Europas, transatlantisch und im Rahmen der Vereinten Nationen.“¹⁰

In Bündnis C sind wir alarmiert von dem globalen Anspruch und der moralischen Überhebung, mit dem die Grünen Führung beanspruchen. **Erneut erhebt sich eine deutsche Partei, um der Welt ihre selbstverfassten Heilslehren aufzuerlegen.** Das Programm verkörpert in weiten Teilen die Agenda des Great Reset des Weltwirtschaftsforums, dessen Eliten die Welt nach ihren Vorstellungen transformieren wollen.

Eine neue Schöpfung?

Vor 50 Jahren hat die 68er Bewegung den Marsch durch die Institutionen angetreten, um mit einer neo-marxistischen Agenda die Familie, Autoritäten, Staat und Vaterland, Glauben und Kirche, Rollenverständnisse, Werte und Normen zu zerstören. Ihr politischer Protagonist und Erbe ist die grüne Partei, die mit ihrem

¹⁰ S. 111

Wahlprogramm 2021 die Ernte einer gesellschaftlichen Transformation einfahren will. Mit dem Programm wird ein bewusster **Gegenentwurf zur Schöpfungsordnung** errichtet und umgesetzt:

- Gegen die Zweigeschlechtlichkeit des Menschen
- Gegen die Ehe von Mann und Frau
- Gegen die Fruchtbarkeit und den Erziehungsauftrag von Eltern
- Gegen den Auftrag, über die Erde und die Schöpfung zu herrschen (1Mose 1,27f).

Der Mensch wird stattdessen einer Klima- und Gender-Heilslehre unterworfen und seine eigene Existenz zum Problem gemacht. Ein Programm, das den Menschen und die Schöpfung nach eigenen Vorstellungen neu erfinden will, kann nur scheitern. Mit der Gender- und Klima-Ideologie werden weder menschliches Leiden und Ungerechtigkeit noch das Leiden der Schöpfung beendet, sondern durch den Irrglauben menschlicher Machbarkeit absehbar verschlimmert. Wir haben jetzt die Verantwortung aufzustehen gegen eine politische Agenda, die sich erneut mit einer selbstgesetzten Moral, ideologischer Verführung und totalitärem Anspruch auf Europa und die Welt legen will.

Und die anderen Parteien?

Das Programm der Grünen ist die Spitze des Eisberges. Dahinter sammelt sich eine breite Gefolgschaft fast aller etablierter Parteien, die der Klima- und Gender-Ideologie in Abstufungen folgen. An fehlenden und unterdrückten kontroversen Debatten dazu zeigt sich die zunehmende Aushöhlung der Demokratie. Es folgen einige Schlaglichter, wie wir uns zur Ausrichtung der anderen Parteien und deren ideologischen Hintergründen positionieren.

FDP: Liberalismus und Individualismus

Der 68er Neomarxismus der Grünen hätte wenig Wirkung entfalten können ohne den täuschenden Mantel des Liberalismus. Die Parallelen der marxistischen Ideen der Frankfurter Schule mit dem Staatssozialismus hinter dem Eisernen Vorhang waren offensichtlich. Sie wurden jedoch verlockend verpackt und der Bevölkerung als Befreiung verkauft: Du bist frei, Sex zu haben, mit wem du willst. Du bist frei, das Kind loszuwerden, wenn du dabei schwanger wirst. Du bist frei, den Ehepartner zu wechseln, wenn du seiner überdrüssig bist. Du bist frei, dich selbst zu verwirklichen und deine Kinder andere erziehen zu lassen ...



Der Liberalismus ist die Haupttriebkraft des Individualismus bis heute. Die Autonomie des Einzelnen wird höher gewichtet als die Beziehungen, in denen er lebt. **So ist eine Freiheit ohne Verantwortung zur Normalität geworden mit den bekannten Folgen für Ehen, Familien und das Gemeinwesen.** Mit zu wenig Kindern und zerstörten Familien gefährdet die westliche Welt ihren Erfolg und Wohlstand. Mit dem einseitigen Fokus auf Wettbewerb und Wachstum um jeden Preis wurde die nachhaltige Sicherung des wirtschaftlichen Standards durch die nächste Generation vernachlässigt.

Die Corona-Krise hat den Trend des Individualismus und Wirtschaftswachstum gestoppt und eine gegenseitige Verantwortung neu ins Zentrum gerückt. **Bündnis C steht für eine Korrektur unserer atomisierten Gesellschaft hin zur Freiheit in Verantwortung für unsere nächsten Mitmenschen.** Mit einer beziehungsorientierten Marktwirtschaft und Gesellschaft stellen wir dem Individualismus jedoch keinen neuen Kollektivismus gegenüber, der den Einzelnen zum Herrschaftsobjekt macht. **Es geht um eine Gesellschaft als Organismus, die Freiheit und Verantwortung, Rechte und Pflichten, Individuum und Gemeinschaft in eine funktionierende Balance bringt.** Die individuelle Würde jedes einzelnen Menschen zu schützen und jedem die gleichen Rechte, Freiheit und Eigenverantwortung zu gewähren, ist dabei Frucht der christlichen Grundlage unseres Denkens in Europa.

SPD: Umverteilung und Kollektivierung

Die Sozialdemokratie steht traditionell für soziale Gerechtigkeit, die sie mit Umverteilung des erwirtschafteten Wohlstandes erreichen will. Ein staatliches Sozialsystem ist zweifellos im christlichen Ethos begründet, um Schwächere zu unterstützen, wo sie

selbst nicht in der Lage sind, sich ihren Lebensunterhalt zu erarbeiten. Unsere individualistische Gesellschaft hat allerdings parallel zur Auflösung der Familie ein zentralistisches, anonymes Sozialsystem errichtet, das den Einzelnen zunehmend aus seiner Eigenverantwortung und die Familie aus ihrer sozialen Verantwortung entlassen hat. **„Vater Staat“ hat zunehmend die Versorgerrolle der Familie übernommen.**

Dabei wird der Einzelne jedoch zum Objekt eines Machtsystems, das über die Befriedigung seiner Bedürfnisse entscheidet und nie der individuellen Situation jedes Einzelnen gerecht werden. Das sehen wir an den nicht endenden Diskussionen um Hartz IV oder gar eines einheitlichen Sozialsystems in der EU. Die Kollektivierung der Sozialverantwortung hat einen andauernden Ruf nach sozialer Gerechtigkeit generiert, der in der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen gipfelt.

Ein Sozialstaat ist jedoch kein autonomes Gebilde, sondern kann nur aus der Wirtschaftskraft des Landes finanziert werden, es sei denn, die Wahlversprechen an die Bevölkerung werden mit immer neuen Schulden und gedrucktem Geld bezahlt. Die überfrachteten Sozialsysteme waren bereits vor der Corona-Krise am Zusammenbrechen. Altersarmut, Pflegenotstand und eine Bildungsmisere, die unsere Wirtschaft grundständig gefährdet, können nicht weiter mit Milliarden ungedeckter Staatsgelder aufgefangen werden, wie sie mit den Corona-Hilfsgeldern in die Wirtschaft und die Sozialsysteme gepumpt werden, ohne mittelfristig deren Kollaps herbeizuführen zulasten der nächsten Generation.

Wo die Schwächsten der Gesellschaft, also Kleinkinder und Alte, kollektiv verwaltet werden, statt von ihnen nahestehenden Menschen versorgt zu werden, wird eine Gesellschaft zudem zunehmend inhuman. **Bündnis C will vor allem die Erziehungs- und Sozialverantwortung der Familien stärken mit einem bedingten Grundeinkommen, das Wahlfreiheit für die Erziehung der Kinder wie auch für die Pflege der Eltern schafft.** Und wir wollen Chancengleichheit durch eine begabungsgerechte Bildung verwirklichen, die in der Familie beginnt.

LINKE: Sozialistische Staatswirtschaft

Dem Wirtschaftsliberalismus der FDP stehen am unversöhnlichsten die sozialistischen Planspiele der LINKEN gegenüber. **Die LINKE steht nach wie vor für eine Staatswirtschaft bis hin zur Enteignung,** wie jüngste Experimente mit dem Mietendeckel in Berlin

gezeigt haben. Die Umverteilungsprogramme der SPD haben sozialistischen Umsturzplänen der LINKEN das Feld vorbereitet und aus der ehemals sozialen Marktwirtschaft sukzessive eine scheinsoziale Staatswirtschaft in Deutschland gemacht. Staatliche Überregulierung der Wirtschaft belastet den Mittelstand immer mehr, während im Rahmen der Banken- und Staatsverschuldungskrise 2008 der Staat missbraucht wurde für die Rettung großer Finanzinstitute und misswirtschaftender Staaten. Erneut profitieren von Corona-Maßnahmen weltweit vor allem internationale Konzerne, während der Mittelstand von Lockdowns schwer geschädigt wird.

Wir brauchen Reformen in der Wirtschaftspolitik jenseits eines dirigistischen Sozialismus wie auch eines Wirtschaftsliberalismus, wo Großkonzerne die Politik diktieren. In Bündnis C arbeiten wir mit unseren europäischen Partnern zusammen an Alternativen zu der rein materialistischen Vision sowohl des Sozialismus als auch des Kapitalismus. **Die mit den Corona-Lockdowns verursachte Wirtschaftskrise bietet die Chance, statt auf grenzenloses Wachstum, Ankurbeln des Konsums und Gewinnmaximierung den Wirtschaftskreislauf auf Qualität und Verantwortung, Fairness und Gegenseitigkeit, Wettbewerb und Kooperation zu bauen.** Eine Wirtschaft, die dem Gemeinwohl dient, ist menschenzentriert statt finanzzentriert oder vom Staat dominiert.

CDU/CSU: Das Ende der Christdemokratie?

Die CDU hat sich sozialdemokratischen, grün-neomarxistischen und liberalistischen Trends in den letzten Jahrzehnten immer mehr angeschlossen und ihr christliches Fundament sukzessive verlassen. Das christliche Menschenbild wurde korrumpiert vom humanistischen Bild des „Gutmenschen“. Zum christlichen Menschenbild gehört aber der gefallene Mensch, der nicht nur gut ist, sondern auch Terror und Gewalt befeuern kann. Es wurde dem Abbau von Polizeistellen stattgegeben, der die innere Sicherheit gefährdet, und unsere Armee ist für den Verteidigungsfall kaum einsatzfähig. Pazifismus ist nicht christlich. **Aufgabe des Staates ist es, das Böse im Zaum zu halten zum Schutz der Bürger und des Eigentums.**

Grundlegend für eine christlich motivierte Politik ist außerdem das biblische Bild vom Menschen als Beziehungswesen, und nicht nur als autonomes Individuum. In der Überbetonung der Rechte des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft wurde es Minderheiten ermöglicht, ihre Interessen auf Kosten der Mehrheitsge-

sellschaft durchzusetzen. Der Schutz von Minderheiten ist eine wichtige Aufgabe jeder humanen Gesellschaft. Aber Ausnahmen müssen über die Regel definiert werden und nicht die Regeln anhand der Ausnahmen. **Es ist Unrecht, Ungleiches gleichzustellen wie mit der „Ehe für alle“**, wenn eine Gruppe nicht bereit oder in der Lage ist, die Pflichten zu erfüllen, die bestimmte Rechte mit sich bringen.

In der Corona-Krise schließlich ist die CDU als Regierungspartei in einem **rein naturwissenschaftlich ausgerichtetem Krisenmanagement** gefangen, das allein auf körperliche Gesundheit fokussiert. Leben zu schützen, verstehen Christen als höchste ethische Pflicht. Aber kein Staat und kein Gesundheitswesen kann ein Recht auf Gesundheit garantieren. Krankheit und Tod sind Teil unseres Lebens und nicht auszublenden. Körperliche Gesundheit ist nach christlichem Verständnis nicht das höchste Gut und die Ignoranz der seelisch-geistlichen Dimension des christlichen Menschenbildes tödlicher als ein Virus. Das Leiden der Einsamen und Sterbenden, überlasteter Familien und verzweifelter Unternehmer, kulturelles und geistliches Leben wurden der Angst vor dem Virus und der Kontrolle über Inzidenzen geopfert. Mit der Reduktion des Menschen auf seine körperliche, sterbliche Dimension wurde das Leben der Gesellschaft abgewürgt. **Das technische Management setzt sich fort im alleinigen Fokus auf neue, riskante Impfungen zur Bewältigung der Pandemie statt ganzheitlicher Prävention zur Stärkung der Immunabwehr** der Menschen durch einen gesünderen Lebensstil.

Die Reduktion des christlichen Bildes vom Menschen stellt gleichzeitig die Achtung seiner Würde und Freiheit in Frage. Unser Grundgesetz verankert Rechtsstaat und freiheitlich-demokratische Grundordnung in der Unantastbarkeit der Würde des Menschen und leitet von da die Rechte der Person ab. Insbesondere Kontaktbeschränkungen für den privaten Raum und Ausgangssperren verletzen in unangemessener Weise die Eigenverantwortung der Bürger, setzen auf Denunziation zwischen Nachbarn und säen Feindschaft zwischen gesellschaftlichen Gruppen. **Die CDU-Regierung hat damit das christlich fundierte Prinzip der Subsidiarität verlassen, wo jeder zuerst für sich selbst und sein persönliches Umfeld zuständig ist, und nicht zuerst der Staat die Vorgaben macht.** Mit der Ausschaltung des Bundestages für die Corona-Verordnungen wurde die Gewaltenteilung als Säule des Rechtsstaates aufgehoben. Und mit dem Verhindern eines freien wissenschaftlichen Diskurses zu Covid-19 und dem Unterbinden von Informationsfreiheit dazu werden Grundvoraussetzungen für demokratische Prozesse unterdrückt.

Die Aufgabe sowohl christlicher wie auch demokratischer Prinzipien durch die CDU/CSU hat das für Deutschland über Jahrzehnte staatstragendes Erfolgsmodell der Christdemokratie ausgehöhlt. Besorgniserregend ist der Trend zu einem neuerlichen Paternalismus, wo Subsidiarität und Eigenverantwortung staatlicher Betreuung und Bevormundung geopfert und von einem Großteil der Bevölkerung hingenommen oder sogar begrüßt werden. Unser Volk wurde in der dunkelsten Zeit seiner Geschichte von einem falschen

Übervater verführt um des vermeintlichen Wohles des Volkes willen. **Als Bündnis C warnen wir eindrücklich, eine Gefahrenlage auszunutzen, damit Menschen Freiheitsrechte gegen eine ver-**

<input type="radio"/>	Links	1
<input checked="" type="radio"/>	Bündnis C	2
<input type="radio"/>	Rechts	3
<input type="radio"/>		4

Unsere Themen und Positionen finden Sie komprimiert in unserem Kurzprogramm – zum Weitergeben oder Herunterladen unter https://buendnis-c.de/wp-content/uploads/2021/01/Kurzprogramm-01-2021_ONLINE.pdf

meintliche Sicherheit aufgeben, und vor einem blinden Vertrauen in Vater Staat statt Gott Vater.

Wir brauchen in Deutschland wieder eine Regierung, die aus dem Vertrauen und der Sicherheit heraus agiert, dass das Schicksal des Landes nicht in ihrer Hand, sondern in der Hand Gottes ist, und die sich Seiner Autorität unterstellt.

AfD: Konservatismus und Nationalismus

Als Gegenreaktion auf den Linksruck der Parteienlandschaft haben sich überall in Europa konservative Strömungen gebildet, die Freiheit und Eigenverantwortung, die Familie, Nation und Religion bewahren oder wiederherstellen wollen. Wir glauben nicht, dass es eine Umkehr des Linkstrends in Deutschland mit allein konservativer Politik geben wird. Man kann nicht einfach bewahren, was in der Gesellschaft so weit zerstört ist. Wir sehen die gefährliche Polarisierung der Bevölkerung durch die verschiedenen ideologischen Strömungen, die das Land immer mehr zerreißen, und dass wir Antworten aus unserem christlichen Verständnis brauchen jenseits von rechts und links zur Heilung des Landes.

Der Unversöhnlichkeit der politischen Lager begegnen wir mit dem Modell des Relationismus, basierend auf dem Liebesgebot Jesu. Damit arbeiten wir an innovativen Antworten aus unserem biblischen Verständnis auf die krisenhaften Entwicklungen. Wir wissen aber auch, dass ein Parlament oder eine Regierung nicht christlicher sein wird als ihre Wähler und eine politische Wende nur aus einer geistlichen Wende des Landes kommen kann und dem Gebet dafür.

Auch den Nationalismus der AfD halten wir nicht für zielführend, um Deutschland und unsere christliche Kultur zu retten. Offene Grenzen hatten wir schon vor der Flüchtlingskrise in Europa und profitieren alle davon. Wir unterstützen mit der ECPM ein gemeinsames EU-Immigrationssystem mit gesicherten Außengrenzen und legalen Zugängen für Asylsuchende, das aber auch die Grenzen nationaler Toleranz gegenüber Einwanderung respektiert. Angesichts des EU-Impfpasses mahnen wir den Erhalt der EU-Freizügigkeit an.

Die Spaltung unseres Landes zwischen Globalisten und Nationalisten hebt **die Berufung Deutschlands aus, anderen Nationen zum Guten zu dienen, ohne einem neuerlichen Machtanspruch zu verfallen.** Wir wollen Europa als Bündnis der Freundschaft souveräner Staaten stärken und in der Außenpolitik freiheitlich-demokratische Kräfte insbesondere im Nahen Osten, wo wir gegenüber Israel und seinen Nachbarn besondere Verantwortung tragen – geschichtlich und heilsgeschichtlich.

Unser Auftrag: Eine geistliche Wende

Die Bibel ist das Buch, aus dem unsere europäische Kultur gewachsen und die humanste und zugleich erfolgreichste der Welt geworden ist. Die Ablösung des menschlichen Denkens von der Autorität Gottes begann mit der Aufklärung. Mit der Renaissance und der Wiedergeburt des vorchristlichen griechischen Geistes wurde wieder die Schöpfung anstelle des Schöpfers gefeiert. Die autonome menschliche Vernunft hat ungezählte Philosophien und Ideologien hervorgebracht mit ihren eigenen Menschen- und Weltbildern. Aufklärung, Humanismus, Religionskritik bis hin zum Marxismus als antichristliche Revolution sind maßgeblich aus der deutschen Philosophie hervorgegangen. Schon oft wurde gefragt, wie unser hochkultiviertes Volk der Dichter und Denker so tief in die Barbarei fallen konnte wie im Nationalsozialismus. Vielleicht wollte der Herr der Geschichte uns mit diesem Fall zur Warnung für die Welt machen, dass menschliche Weisheit in keiner Weise vor dem Bösen schützt und in die größte Katastrophe führen kann. Ohne die Bindung an Gott und Sein Wort ist der Mensch gegen nichts gefeit.

Der zunehmend antichristlichen Entwicklung in Deutschland ist nicht allein mit einem politischen Gegenentwurf beizukommen, wie wir ihn mit Bündnis C vorlegen. Am Ende eines langen Weges der Abkehr unseres Volkes von Gott kann nur Umkehr zu Ihm und Seinem Wort eine geistige Wende bringen. Unser Land steht erneut an einem Abgrund. Aber der Retter steht auch da. Legen wir Ihm die politischen Programme der Parteien hin und bitten um Gnade für unser Land, dass Leben über den Tod, Gottes Wort über Menschenwort, Seine Ordnungen über politische Doktrin, Wahrheit über Lüge und Täuschung siegen. Mit Bündnis C richten wir dafür einen Maßstab auf – in aller Fehlbarkeit, aber orientiert an Gottes guten Ordnungen, die uns und anderen zum Leben dienen.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Ruf zur Umkehr

Der folgende Text soll mithelfen, uns als Christen in eine flächendeckende Buße über unser Fehlverhalten als Kinder Gottes und unser Fehlverhalten als Nation zu führen. Insbesondere sollten wir uns dabei der Tötung ungeborener Kinder widmen, dem größten Problem Deutschlands seit Jahrzehnten. Dabei treten wir sowohl für uns selbst vor den Thron unseres HERRN JESUS CHRISTUS als auch in den Riss für unser Land, indem wir im Gebet Verantwortung übernehmen, ohne nach Macht zu streben. Ein jeder selbst soll prüfen, ob er dies als eine Botschaft unseres HERRN wahrnehmen kann. Das Ziel ist nicht der Untergang, sondern unsere Befreiung von Schuld und Sünde und letztlich unsere Errettung.

Der HERR hat mich seit März dreimal im blind Aufschlagen der Bibel auf Hosea 14,1-10 aufmerksam gemacht, praktisch so oft, bis ich es verstanden habe. Dort heißt es:

Samaria verfällt seiner Strafe, weil es sich empört hat gegen seinen Gott. Seine Bewohner fallen unter dem Schwert, ihre Kinder werden zerschmettert, die schwangeren Frauen aufgeschlitzt. Kehre um, Israel zum HERRN deinem Gott. Denn du bist zu Fall gekommen durch deine Schuld. Kehre um zum HERRN, nehme Worte der Reue mit euch und sagt zu ihm: [...] Assur kann uns nicht retten. Wir wollen nicht mehr auf Pferden reiten, und zum Machwerk unserer Hände sagen wir nie mehr: Unser Gott. Denn nur bei DIR findet der Verwaiste Erbarmen.

In der Vermutung des Drängens durch den Heiligen Geist gebe ich Ihnen meine Eindrücke ungefiltert ohne Abstimmung mit christlichen Leitern weiter, zu Ihrer eigenen Bewertung:

Der dritte Tag, an dem ich Hosea 14,1-10 erhalten hatte, war der 25.06.2021. An diesem Tag (oder am Vorabend) hat das Europäische Parlament die Resolution des kroatischen Sozialisten Matic´ verabschiedet, die Abtreibung als Menschenrecht bezeichnet. In Jesaja 5,20 heißt es: Weh denen, die das Böse gut und das Gute böse nennen, ... „Weh denen“ ist hier eine deutliche Warnung und Androhung von Leid. Abends dann am gleichen Tag fand der Anschlag eines Somaliers in Würzburg statt, der 3 Frauen das Leben kostete, weitere 7 sind noch schwer verletzt.

Wenn Sie die Nachrichten gesehen haben, kann man wohl tatsächlich eher von einem Schwert statt einem

Messer sprechen. Für mich sah es wie eine Art Machete aus.

Wenn Sie Samaria und Israel durch Deutschland ersetzen, spricht der HERR aus meiner Sicht auch zu uns heute durch sein Wort: Die zerschmetterten Kinder sind die abgetriebenen Kinder. Wer einmal wie ich die Bilder einer Abtreibung gesehen hat, weiß, warum hier sogar das Wort „zerschmettern“ den Sachverhalt exakt beschreibt. Wichtig erscheint mir aber auch das Wort „Du bist zu Fall gekommen durch deine Schuld“, welches vor allem für diejenigen wichtig ist unter uns, die sich einen strafenden Gott heute nicht mehr vorstellen können. Wir sind zu Fall gekommen, durch unsere eigene Schuld. Doch die Liebe Gottes und seine Vergebungsbereitschaft ist größer als unsere Sünde und Schuld. Deshalb, wenn wir aufhören, unsere deutsche Wirtschaft anzubeten, das Geld, unsere Ingenieurskunst, unsere Autoindustrie als Quelle des Wohlstands anzubeten, sondern zu dem HERRN unserem Gott als dem wahren Versorger umkehren, und zur Liebe Christi, würde der HERR sich sofort erbarmen.

Ähnliches hat Gott uns meiner Ansicht nach schon zu Beginn der Corona-Krise mit Jesaja 1-2 zugerufen, einschließlich des Rettungsweges. Aber kaum jemand wollte dies hören und noch weniger vermutlich umkehren, auch unter uns Christen nicht. Vielleicht gelingt es diesmal:

Tun Sie Buße und kehren Sie um! Sie können es. Ob unser Land und Kontinent kann und will, wird sich zeigen. Mein Glaube reicht dafür derzeit nicht aus.

Gott segne und beschütze Sie.

Rückmeldungen und hilfreiche Kommentare gerne an f.brandenberg@t-online.de .

Frank
Brandenberg

Landesverband
Rheinland-Pfalz



Erbarmen über Deutschland

Nationale Bußkonferenz 11. September 2021 in Nürnberg

Deutschland befindet sich geistlich und gesellschaftlich in großer Not und Gefahr. In den letzten Jahrzehnten wurden Millionen von Babys in unserem Land ermordet, Gottes Gebote wurden mit Füßen getreten, unsere einzigartige Verbundenheit mit dem jüdischen Volk und Israel wurde im Zweifel wirtschaftlichen Interessen und dem Globalismus nachgeordnet. Der Antisemitismus auf Deutschlands Straßen grassiert, Ehe und Familien sind unter wachsendem Druck, der gesellschaftliche Zusammenhalt ist zunehmend gefährdet. Immer mehr Menschen schlittern in Armut und Einsamkeit, die Einheit Deutschlands zwischen Ost und West ist weithin noch nicht in den Herzen der Menschen angekommen. Und die alte Neigung zu Größenwahn, Überheblichkeit und Besserwisseri bricht sich im neuen Zeitgeist wieder Bahn.

Vor diesem Hintergrund laden wir im Vorfeld der Bundestagswahl zusammen mit „Erbarmen über Deutschland“ vom 09.–11.09.2021 zur „Gebetskonferenz für Deutschland“ in die Meistersingerhalle in Nürnberg ein, sowie zu einem „Nationalen Bußgebetstreffen“ am 11.09.2021 im Luitpoldhain.

Nürnberg war zeitweise Kaiser- und Krönungsstadt im „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“, dem 2. Reich. Deshalb baute Hitler in Nürnberg eine Art Weihaltar für das „Dritte Reich“. Der Luitpoldhain war zentraler Bestandteil dieses Altars. Vor 85 Jahren, im September 1936, veranstaltete die NSDAP in Nürnberg den „Reichsparteitag der Ehre“ – ein Schritt auf dem Weg zu Hybris und Untergang. Jetzt versammeln wir uns als Christen in Schlichtheit und Gebrochenheit vor Jesus, dem Gekreuzigten, um selbst umzukehren, wo wir Christen in den letzten Jahren und Jahrzehnten gefehlt haben, und um priesterlich für eine Umkehr unseres Volkes zu Gott hin in Demut und Gottesfurcht zu beten. Aus der Begegnung mit dem Gekreuzigten heraus bitten wir für Deutschland um Heilung und Freisetzung in seine Berufung hinein.

Informationen zu den Gebetstreffen in Nürnberg und zur Anmeldung finden sie unter <https://umkehr21.de>



umkehr21 Schuld bekennen | Jesus erheben

9. – 11. September 2021
**Gebetskonferenz
für Deutschland**

11. September 2021
**Nationales
Bußgebetstreffen**

Nürnberg

Unser neuer Bundesgeschäftsführer

Zum 01.06.2021 konnten wir den bisherigen Leiter der Bundesgeschäftsstelle Daniel Gräber als Bundesgeschäftsführer einstellen. Wir danken allen Spendern, die das möglich gemacht haben! Zurzeit spenden 14 Mitglieder und Freunde und drei Landesverbände für die Stelle des Geschäftsführers. Damit können wir die zusätzlichen Personalkosten für Daniel Gräber decken.

Liebe Mitglieder, liebe Interessenten,

Ich habe mich sehr gefreut, als ich vom Bundesvorstand gefragt wurde, ob ich den Posten des Bundesgeschäftsführers übernehmen würde mit allen seinen neuen Herausforderungen.

Eines der größten Themen in dieser Anfangszeit war der Datenschutz. Ein Thema, mit dem sich die Wenigsten gerne auseinandersetzen, aber ein wichtiger Punkt, um die Datensicherheit jedes Einzelnen zu gewährleisten und den Umgang damit zu standardisieren. Mit einer auf Datenschutz spezialisierten Firma konnten die kompletten Prozesse in der Verwaltung, Buchhaltung und Kommunikation nach außen durchleuchtet und angepasst werden.

Zudem konnte eine Mitgliederdatenbank mit Anbindung der Landesverbände realisiert werden, die auch unserer zukünftigen Arbeit zu Gute kommt und es erleichtert, Mitglieder aufzunehmen.

In der nächsten Zeit wird natürlich der Wahlkampf meine Aufmerksamkeit haben. Neben dem Bundeswahlkampf werden auch die Koordination der Werbemittel für die Länder sowie Absprachen mit Druckereien für Plakate und Flyer, zum Design, Social Media, mit Fernseh- und Radiosendern zum Ausstrahlen des Werbespots viel Zeit in Anspruch nehmen, um nur ein paar Dinge zu nennen.

Nach der Wahl wird mein Schwerpunkt auf dem Strukturieren und Schärfen der internen Prozesse, interner Kommunikation, Austauschmöglichkeiten zwischen den Ländern und den gewählten Vertretern in den Kommunen liegen. Verantwortungsträger in der Partei können schon jetzt über unsere neu eingerichtete eigene Cloud kommunizieren und Dokumente gemeinsam verfassen und ablegen.

Ihnen wird vieles der administrativen Arbeit verborgen bleiben. Aber ich hoffe, dass Sie die positiven Früchte sehen und erleben werden.

Wir suchen zusätzlich eine Hilfskraft für 8-10 Stunden pro Woche, die ihn von Verwaltungsaufgaben entlastet.

Damit sind wir für den Wahlkampf in diesem Jahr gerüstet. Wir danken Daniel Gräber für seine bisherige Arbeit als Leiter der Bundesgeschäftsstelle und freuen uns über die neue Zusammenarbeit!

Gerne dürfen Sie mir auch Ihre Ideen und Wünsche oder Verbesserungsvorschläge zukommen lassen.

Ganz herzlich möchte ich mich bedanken bei jedem Einzelnen, der beim Sammeln der Unterstützerunterschriften aktiv und unterstützend tätig war. In der Geschäftsstelle habe ich hunderte Briefe entgegengenommen und an die einzelnen Verbände weitergeleitet. Ich war überwältigt vom Einsatz einiger Spitzenreiter mit über 100 Unterschriften. Wir verdanken jedoch die Teilnahme in den Ländern nicht nur einigen wenigen, sondern vielen, die mit Ihrer Unterschrift zum Erfolg beigetragen haben. **Herzlichen Dank für jede einzelne Unterstützerunterschrift!**

Ich möchte Sie auch dazu aufrufen, sich weiter aktiv zu beteiligen, sei es mit dem Verteilen von Flyern, in Gesprächen über Bündnis C und die Politik oder der Mithilfe in den Verbänden vor Ort und bei deren Aktionen.

Durch Spenden an die Bundespartei oder die Landesverbände können Sie außerdem mithelfen, die finanziellen Kosten der verschiedenen Werbemaßnahmen zu decken, die der Wahlkampf mit sich bringt.

Ich möchte mich für das entgegengebrachte Vertrauen bedanken, das diese Stelle verlangt, und freue mich auf diese spannende Zeit vor der Wahl.



Daniel Gräber

Bundes-
geschäftsführer
Bündnis C

Spendenauf Ruf

Liebe Mitglieder, liebe Freunde,

am 26. September 2021 werden die Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag stattfinden. Wir als Bündnis C haben schon einen Teil des Weges bestritten mit dem Sammeln der Unterstützungsunterschriften. Coronabedingt hat der Gesetzgeber die Hürden für die Wahlzulassung gesenkt und wir treten in 5 Bundesländern mit einer eigenen Liste und auch mit Direktkandidaten an.

Oft fragen wir uns, ob es Sinn macht, sich auf den Weg zu machen. Ich finde diese Frage mehr als berechtigt, spricht doch so viel dagegen. Um nur einige Argumente zu nennen: Keiner kennt uns, wir sind doch viel zu klein, wer soll das finanzieren, wir haben doch keine Erfahrung.

Ja, so kann man argumentieren. Aber dann fällt mir der großartige Apostel Paulus ein, der sich auf den Weg gemacht hatte, die Christen zu verfolgen und als Gefangene nach Jerusalem zu führen. Dabei erschien ihm Jesus Christus. Diese Begegnung stellte sein Leben auf den Kopf. Er wurde vom Verfolger zu einem der größten Apostel. Wenn wir dies lesen, stellen wir fest, dass Paulus nicht erst Jahre lang wartete, bis er die rettende Botschaft predigte. In der Apostelgeschichte 9,20 steht: *Gleich nach seiner Taufe begann er in der Synagoge zu predigen und zu verkündigen, dass Jesus der Sohn Gottes ist.*

Diese Worte sollen uns Mut machen. Auch wir dürfen starten und uns beim Gehen durch Gottes Geist leiten lassen. Wir dürfen wissen, dass es besser ist, im Dunkeln an Gottes Hand zu gehen, als bei voller Beleuchtung allein in unserem Willen umherzuirren.

Liebe Freunde, sicher wissen Sie bereits, dass so ein Wahljahr für den Haushalt von Bündnis C immer eine besondere Herausforderung darstellt. Schließlich möchten wir, soweit es uns möglich ist, die Kandidaten mit Plakaten, Flyern, Werbemitteln und Veranstaltungen vor Ort unterstützen. Mit diesem Schreiben möchte ich Sie sehr herzlich bitten: Unterstützen Sie uns, wenn Sie können, auch dieses Mal mit Ihren Finanzen und Gebeten.

Von mir schon mal ein herzliches Vergelt's Gott, verbunden mit den besten Segenswünschen

verbleibe ich stets Ihr



Mathias
Scheuschner

Stellvertretender
Bundesvorsitzender

Zur Unterstützung des Bundesgeschäftsführers suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine

Hilfskraft für 8-10 Stunden/Woche (Minijob)

Ihre Aufgaben sind:

- Pflege der Mitgliederverwaltung
- Materialversand
- Vertretung des Bundesgeschäftsführers bei Abwesenheit (Telefon und Weiterleitung dringender Anfragen)

Wir bieten Ihnen:

- flexible Arbeitszeiten nach Absprache
- eine umfassende Einarbeitung
- Vertragsbeginn nach Vereinbarung
- Dienort ist unsere Bundesgeschäftsstelle in Karlsruhe.

Wenn Sie Freude und etwas Vorerfahrung in Verwaltungstätigkeit haben, freuen wir uns über Ihre Bewerbung mit Kurzlebenslauf an unsere Bundesgeschäftsstelle info@buendnis-c.de.

9,5 Thesen für christliche Politiker

Die Darstellungsform der „9,5 Thesen“ sind das Ergebnis des Arbeitskreises Finanzen anlässlich der Denkwerkstatt der Christlichen Kooperationsbörse, die in der Leucorea in Lutherstadt Wittenberg 2013 tagte. Damals wurden die 9,5 Thesen für „Christliche Finanz- und Versicherungsberater“ entwickelt. Die 9,5 Thesen gibt es zwischenzeitlich u. a. auch zu „Abtreibung“ und einer „Krankenversicherung aus christlicher Perspektive“.

Die hier erscheinenden 9,5 Thesen für „Christliche Politiker“ richten sich an alle Christen, die sich politisch engagieren bzw. planen dies zukünftig zu tun. Sie sollen diesen als Leitlinien dienen. Vielleicht regen Sie auch eine Diskussion an für einen Arbeits- oder Freundeskreis, der sich an der Entwicklung eines Leitbildes für Christliche Politiker widmet.

*Frank Brandenburg,
Geschäftsführer Christliche Kooperationsbörse*

9,5 Thesen zu **Christliche Politiker in Deutschland im Jahre 2021**

- These 1** Ein Christlicher Politiker ist dem Apostolischen Glaubensbekenntnis, der Bibel als dem Wort Gottes und dem deutschen Grundgesetz verpflichtet als Grundlage seiner politischen Positionen.
- These 2** Ein Christlicher Politiker muss in einer Demokratie grundsätzlich kompromissbereit sein, bei gleichzeitiger Anerkennung verhandelbarer und nicht verhandelbarer Positionen (wie dem Lebensrecht ungeborener Kinder).
- These 3** Ein Christlicher Politiker bekennt sich ohne Scham zu Jesus Christus als seinem HERRN und Erlöser und äußert das Wort Gottes unverfälscht. Er übersetzt die Gute Nachricht in pragmatische Politik und erläutert diese klar und nachvollziehbar.
- These 4** Ein Christlicher Politiker wünscht sich, dass aufgrund seines Wirkens in Wort und Tat, in Verbindung mit dem Wirken des Heiligen Geistes und dem Gnadengeschenk des Himmlischen Vaters, Menschen aus der Verdammnis befreit und für das ewige Leben gewonnen und so gerettet werden.
- These 5** Ein Christlicher Politiker strebt danach, möglichst viele Stimmen für die Zulassung seiner Partei zur Wahl zu sammeln und Mehrheiten zur Umsetzung christlicher Positionen zu organisieren, in der festen Überzeugung, dass diese zum Besten seines Landes sind. Gegen das Streben nach Mehrheiten oder Macht zum persönlichen Nutzen muss ein christlicher Politiker ankämpfen. Vielmehr übernimmt er Verantwortung, ohne nach Macht zu streben. Macht übernimmt er nur, wenn Sie ihm nachdrücklich übertragen wird, um den Menschen seines Landes zu dienen.
- These 6** Ein Christlicher Politiker orientiert sich an der Wahrheit, soweit Sie ihm durch Offenbarung zu Teil wird, in Übereinstimmung mit dem Wort Gottes und in Einheit mit den ihm zur Verfügung stehenden christlichen Fachleuten.
- These 7** Ein Christlicher Politiker muss in seiner Lebensplanung berücksichtigen, dass er jederzeit bereit sein muss, von seinem Mandat zurückzutreten und damit seine Einkommensgrundlage aufzugeben, sofern er von Dritten dazu gezwungen wird, Positionen einzunehmen, die seinem Gewissen widersprechen.
- These 8** Ein Christlicher Politiker bemüht sich stets um Kooperation mit christlichen Politikern anderer Parteien zum Zwecke der Erweiterung seines Erkenntnishorizontes und der Findung bestmöglicher Lösungen für die Zukunft der Menschen in Deutschland.
- These 9** Für einen christlichen Politiker in Deutschland hat die Würde und der Schutz seiner jüdischen Mitbewohner in allen Zeiten höchste Priorität. Israel- und jüdenfeindliche Handlungen werden nicht geduldet. Er ist verpflichtet die Christen in seinem Land zu Wachsamkeit und friedlichen Handlungen aufzurufen, sobald die Würde jüdischen Lebens in Deutschland verletzt wird. Der Schutz des Staates Israels bleibt deutsche Staatsraison. Die Infragestellung des Existenzrechtes Israel ist niemals zu dulden.
- These 0,5** Diese gutgemeinten Thesen kehren besser wohl als neue

Impfstatus begründet keine Grundrechte

Die Bundesregierung hat die schrittweise Rücknahme von Grundrechtsbeschränkungen für Geimpfte und Genesene beschlossen und unterstützt den grünen digitalen Impfpass für Reisen innerhalb der EU. Damit werden im Grundgesetz verankerte Rechte von einem Impfstatus abhängig gemacht. Bündnis C warnt davor, gesellschaftliche Gruppen zu stigmatisieren und auf diese Weise gegeneinander aufzubringen. Wir fordern die bedingungslose Wiederherstellung der grundgesetzlich verbrieften Bürgerrechte zur Wahrung des gesellschaftlichen Friedens.

Wir wenden uns gegen die Einführung von Impfcertifikaten als Voraussetzung für die Gewährung von Bürgerrechten aus diesen Gründen:

1. Mit der Bindung von Grundrechten an einen Impfstatus wird der gesellschaftliche Konsens der Unveräußerlichkeit grundgesetzlich garantierter Freiheits-, Gleichheits- und Unverletzlichkeitsrechte beseitigt, die dem Einzelnen gegenüber dem Staat und der Gesellschaft zustehen. Es werden Personen und Gruppen stigmatisiert und vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Damit wird die Gesellschaft gespalten und der soziale Frieden bedroht. Eine solche Regelung hat das Potenzial, das Ende der freiheitlichen Demokratie herbeizuführen.
2. Mit der Bindung von Grundrechten an einen Impfstatus wird faktisch eine Form von Zwang ausge-

übt, der gegen das Prinzip der informierten Zustimmung verstößt. Impfwang verletzt das Recht auf körperliche Unversehrtheit nach Artikel 2 Grundgesetz. Da Langzeitwirkungen der zugelassenen Impfstoffe nicht bekannt sind, muss jedem Bürger die eigenverantwortliche Risikoabwägung für sich und Schutzbefohlene und die freie Entscheidung für oder gegen die Impfung überlassen bleiben ohne Nachteile.

3. Menschen können medizinische, gesundheitliche und ethische Gründe haben, warum sie die Impfung nicht in Anspruch nehmen wollen oder können. Dazu zählen auch Gewissensanfragen wie die Nutzung von Zelllinien aus abgetriebenen Föten, auf die die Hersteller aller zugelassenen Impfstoffe für ihre Impfstoffentwicklung zurückgreifen. Die Beschneidung ihrer Grundrechte aufgrund dieser Entscheidung diskriminiert Menschen und verletzt die Meinungs- und Gewissensfreiheit.
4. Die Bindung von Reisen innerhalb der EU an den grünen Impfpass verletzt das Recht auf Freizügigkeit nach Artikel 11 Grundgesetz, Artikel 3(2) EU-Vertrag, Artikel 21 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) und Artikel 45 der EU-Grundrechtecharta. Der freie Personenverkehr und Wahl des Aufenthaltsortes sind Eckpunkte der EU-Bürgerrechte. Die Einführung des digitalen Impfpasses bedeutet in der Konsequenz die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und das Ende der offenen Binnengrenzen in der EU. Zudem wird mit der Erhebung persönlicher und medizinischer Daten durch den Impfpass eine flächendeckende Datensammlung über die EU-Bürger angelegt, die weitreichend missbraucht werden kann.

Mit den Impfpässen werden in der Gesamtschau mehr Freiheitsrechte verletzt und als den Bürgern zurückgegeben. Dass einzelne Gerichte die Rückgabe der Grundrechte an Geimpfte verlangen, heißt nicht, dass der Gesetzgeber sie Ungeimpften weiter verweigern kann. Die Impfung zur Grundlage dafür zu machen, ob Personen der Zutritt zu einem öffentlichen Raum gewährt wird, stellt zudem die Frage nach der Wirksamkeit der Impfstoffe. Wenn die Impfungen signifikante Erkrankungen bis zu 95% verhindern, sind Geimpfte durch Nichtgeimpfte nicht mehr gefährdet. Da die Impfstoffe





keine Infektion verhindern, ist umgekehrt nicht ausgeschlossen, dass auch Geimpfte das Virus weitergeben. Indikator für die Aufhebung von Schutzmaßnahmen kann deshalb nur der Grad der Herdenimmunität sein.

Als besonders verwerflich sehen wir die Impfempfehlung des Bundesgesundheitsministers für Kinder und Jugendliche an entgegen der Empfehlung der Ständigen Impfkommission (StiKo). Der Impfstoff von Biontech/Pfizer wurde in der EU für Kinder zugelassen, obwohl, wie die Stiko feststellt, in der der Europäischen Arzneimittelbehörde (Ema) vorliegenden Zulassungsstudie die Teilnehmerzahl zu klein und die Nachverfolgungszeit von etwa 2 Monaten zu kurz ist, um Impfkomplicationen ausschließen zu können. Gesunde Kinder und Jugendliche brauchen keine Corona-Impfung, weil sie nur höchst selten schwer erkranken und das Risiko der Impfung in keinem Verhältnis zum Nutzen steht. Besonders irritierend sind Verlautbarungen der Ethikkommission, dass Kinderimpfungen Teil einer Abwägung sind und den Eltern und damit der Gesellschaft auch Mühe, Zeit und Geld sparen sollen. Kinder sind kein Mittel zum Zweck, um gegebenenfalls Erwachsene zu schützen, sondern Erwachsene in der Pflicht, Kinder vor unverantwortlichen Risiken zu schützen. Das Recht auf Bildung, Kita- und Schulbesuch dürfen keinesfalls an Impfungen für Kinder geknüpft werden, wie es der 124. Deutsche Ärztetag Anfang Mai diesen Jahres gefordert hat.

Als Christen sind wir gerufen, an der Seite der Benachteiligten und Ausgestoßenen der Gesellschaft zu stehen. Wir fordern die Kirchen auf, ihre Türen weiter für alle Menschen offen zu halten und Forderungen nach Gesundheitszertifikaten energisch zurückzuweisen.

(Ergänzte Pressemitteilung vom 07.05.2021)

In Bündnis C gibt es auch andere Sichtweisen zum Thema. Wir drucken hier eine Entgegnung auf unsere Pressemitteilung ab:

Die Pandemie hat einen Keil in unsere Gesellschaft getrieben. Dieses ist auch eine Folge der Individualisierung und dem starken Trend zur Bildung von Identitätsgruppen, die sich nicht selten über Ideologien und über gemeinsame Interessen definieren. Diese grenzen die jeweilige Gruppe starr gegen andere Gruppen ab, es gibt eine sektenartige Haltung, ein „die“ und „wir“. Das kann man über alle aktuellen Fragen, seien es die Klima-, die Immigrations- aber auch die Pandemiepolitik beobachten. Situationen und ihre Herausforderungen werden genutzt, um sich zu profilieren und abzugrenzen. Wir haben es besser, denn unsere Identität bekommen wir von unserem HERRN Jesus Christus.

Nun möchte ich gern zu dem Artikel „Impfstatus begründet keine Grundrechte“ Stellung beziehen und einige Sachinformationen dazu geben.

Wir als Christen sollten nicht auf unsere „Rechte“ in der Welt bestehen, wir sollten uns dann heraushalten, wenn es unterschiedliche Meinungen bei unklarer Faktenlage gibt, wie dies im Fall der Covid-19-Pandemie der Fall ist. Selbst Wissenschaftler widersprechen sich in ihren Einschätzungen. Wir als Christen sollten eines bedenken, was Jesus Christus gesagt hat: „In der Welt habt Ihr Angst, aber seht, ich habe die Welt überwunden“. Wir können also ruhig bleiben.

Die Einschränkung von Grundrechten aufgrund der „Corona-Notbremse“ ist bis zum 30.06.2021 befristet, basierend auf der Annahme, dass eine Notlage herrscht. Es gab schon öfters Einschränkungen der Grundrechte, ich erinnere an das Sonntagfahrverbot 1973 im Rahmen der „Ölkrise“ und an die Beschränkungen während der Naturkatastrophen wie im Schneewinter 1978/79 in Norddeutschland. Auch die Einrichtung von Umweltzonen, in denen Schadstoffklassen für Fahrzeuge vorgeschrieben sind, sind eine

Einschränkung der Grundrechte. Wer dort wohnt, wird im „kalt enteignet“, anderen wird die Bewegungsfreiheit mit ihren Autos genommen. Die Frage ist, welche Grundrechte in welchem Rahmen eingeschränkt sind. Sicher gilt das für die Versammlungs-



freiheit, die beschränkt und unter Auflagen eingeschränkt ist.

Die Aufhebung der Einschränkungen wird mitnichten nur Genesenen und Geimpften gewährt, es werden ausdrücklich auch Getestete einbezogen. Ein Speicheltest ist kein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit. Jeder, der weder genesen noch geimpft ist, kann sich ein Testzertifikat beschaffen und die gleichen Rechte genießen wie eine vollständig geimpfte Person. Also irgendwelche Beschädigung der Demokratie ist hier nicht zu erkennen.

Es wird auch kein Impfwang ausgeübt. Ich habe einige Rechtsauffassungen gelesen, dass auch ein Arbeitgeber keine Impfung im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses fordern kann, auch nicht im Rahmen des Hausrechts. Er hat kein Recht, Arbeitnehmern zu kündigen, weil diese sich nicht impfen lassen wollen, auch nicht in Gesundheitsberufen. Der Arbeitgeber hat dem Arbeitnehmer das Entgelt fortzuzahlen, wenn er den Arbeitnehmer im Rahmen des Hausrechts daran hindert, das Betriebsgelände zu betreten, und im Rahmen der Möglichkeiten Homeoffice anzubieten, sowie die Möglichkeit, Nichtgeimpfte in Arbeitsgruppen zusammenzufassen.

Niemand wird gezwungen, sich mit einem bestimmten Vakzin impfen zu lassen. Um eine Herdenimmunität zu erreichen, muss ein Großteil der Bevölkerung bereit sein, sich impfen zu lassen. Es geht in dieser Zeit auch um Nächstenliebe, weswegen sich jeder fragen muss, ob er sich impfen lassen will um mitzuhelfen, nicht nur sich, sondern auch andere zu schützen, die sich nicht impfen lassen können oder wollen. Eine Notwendigkeit zu einem Impfwang sehe ich derzeit nicht. Die Zahlen sinken, die Hospitalisierungen sinken, die Inzidenz sinkt, der R-Wert ist konstant unter „1“. Sollten wir aber Verhältnisse wie in Indien haben, was der HERR verhindern möge, dann kann es auch anders kommen.



Hans-Ulrich Neumann

Beisitzer Landesvorstand Schleswig-Holstein

Abonnieren Sie unseren kostenlosen

Bündnis C E-Mail Newsletter

<https://buendnis-c.de/>



Jetzt anmelden!

Mobilitätswende mit synthetischen Kraftstoffen

Der Klimawandel ist durch den Aufschrei der Jugend auf der politischen Agenda vieler Parlamente. Schon heute gäbe es Technologien, die einen gesunden Kreislauf von CO₂ ermöglichen. Vielversprechend ist Power-to-x, also das Speichern von erzeugtem Strom durch Wind, Sonne oder Wasser in Gas (Power-to-Gas) oder Flüssigkeit (Power-to-Liquid). Überschüssiger Strom kann so unabhängig als Flüssigkeit oder als Gas gelagert werden oder auch über sehr weite Strecken transportiert werden – ohne einen Verlust.

Diese Technologien sind auch spannend im Blick auf die Ablöse vom bisherigen Verbrennungsmotor mit Diesel oder Benzin, denn aus dem Strom und CO₂ kann synthetischer Kraftstoff hergestellt werden. Am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) werden zwei handelsübliche Diesel-PKW mit genau diesem synthetischen Diesel betankt, ohne Nachteile für den Motor. Auch die Verkehrsbetriebe Karlsruhe betanken mittlerweile ihren Fuhrpark an Diesel-Bussen mit synthetischem Kraftstoff. Ziel ist, diesen Schritt für Schritt aus erneuerbarer Energie zu beziehen.

Bisher wurde in Deutschland vor allem der Elektromotor mit Batterie gefördert. Doch bringt dieser Nebenwirkungen mit sich wie den geplanten Abbau von Lithium im bolivianischen Salar de Uyuni. Zurzeit liegt das Projekt dort wegen politischer Spannungen auf Eis. Der Salar de Uyuni ist eigentlich ein riesiges Naturdenkmal, größer als Niederbayern. Die unwirklich wirkende Landschaft wirkt zu manchen Jahreszeiten wie ein gigantischer Spiegel, auch Flamingos haben sich dort angesiedelt. Der Abbau zerstört Stück für Stück größere Flächen, um Lithium aus diesem Salzsee zu gewinnen. Umweltschutz sieht anders aus, und



Hier wird CO₂ aus der Luft gefiltert und zur Herstellung von flüssigen Kraftstoffen mit erneuerbarer Energie genutzt.

effektiv ist der Abbau eventuell auch noch nicht. Die Batterie- und Akkuindustrie dürfte sich natürlich über diese Entwicklung freuen. Auch bei den Autobauern kommt der Elektromotor mittlerweile gut an, sind diese doch sehr anfällig, haben eine kürzere Lebensdauer und somit darf es auch öfter ein neuer Wagen sein. Darüber hinaus haben die Bilder von brennenden Teslas gezeigt, wie schwierig ein Autobrand mit Akku zu löschen ist.

Die Forschung könnte viel weiter sein im Blick auf den sogenannten grünen Wasserstoff, also Gas, das man aus CO₂ und Strom gewinnt. Dieses Prinzip des Power-to-Gas kommt mittlerweile auch bei den Ferngasnetzbetreibern an. Das Ferngasnetz besteht schon und





Power-to-X Reaktor in Container-Größe im Energy Lab 2.0 des Karlsruher Institut für Technologie, hier von der Firma Ineratec.

kann so Energie von A nach B transportieren. Forschern am KIT gelingt es auch schon, synthetisches Kerosin zu gewinnen – essentiell für die Luftfahrt.

Im Gespräch mit den Gründern der Firma Ineratec, die Kraftwerke für die Herstellung solcher Kraftstoffe aus CO₂ und Photovoltaik in der Größe eines Containers herstellen, gab es auch noch Einblicke in die globale Bedeutung dieser Technologie. Denn anders als bei der Elektromobilität, in der wir zwar Vorreiter sein können, aber wieder andere Länder wegen des Lithiums ausbeuten, bringt diese Technologie eigentlich nur Vorteile für den globalen Süden. Denn gerade in Afrika oder in Südamerika lohnen sich Photovoltaik-Anlagen. Auch Windkraftwerke wären in anderen Regionen deutlich effektiver. Der gewonnene Strom und das CO₂ aus der Luft oder direkt vom Erzeuger wie beispielsweise Zementwerken kann dann direkt in Gas oder Kraftstoffe umgewandelt und nach Europa transportiert werden. Das würde die Wirtschaft in schwächeren Ländern ankurbeln, Arbeitsplätze schaffen und Perspektive bieten – ein Baustein auch in der Bekämpfung von wirtschaftlichen Fluchtursachen. Dafür wäre mehr Miteinander und Verantwortung gegenüber andern Staaten gefragt.

Übrigens haben sich Ferngasnetzbetreiber freiwillig zu Quoten selbstverpflichtet für dem Anteil an klimaneutralem Gas bis 2050. Das bedeutet, grünes Gas zu nutzen, also Wasserstoff oder synthetisches Methan. Gerade beim Ausbau der Photovoltaik ist Power-to-Gas sinnvoll, um Überschüsse zu speichern und später einzusetzen, oder auch um Mangel an Energie durch grünes Gas einzukaufen. In Baden-Württemberg fördert die Landesregierung nun mit einigen Millionen den grü-



nen Wasserstoff. Bei der Planung von Wohngebieten wird diese Technologie schon mitgedacht, beispielsweise im Quartier Lok.West in Esslingen.

Die aktuellen politischen Rahmenbedingungen erschweren aber diese zukunftsfähige Technologie. „Die im Rahmen der Elektrolyse eingesetzte Energie – auch bei Überschussenergie aus erneuerbarer Energie“ wird beispielsweise „mit Netznutzungsentgelten oder EEG-Umlagen“ belastet, heißt es dazu in einer Stellungnahme der Verwaltung der Stadt Karlsruhe auf einen Antrag der Freien Wähler und FÜR Karlsruhe Fraktion im Blick auf ein Klimaschutzkonzept 2030. Die Bundespolitik muss hier handeln, um den Betrieb von Power-to-Gas wirtschaftlich zu machen und zu erleichtern. Durch schnelles Handeln und die Schaffung eines geeigneten rechtlichen Rahmens können Ressourcen effektiv genutzt und auch eine moderne Mobilität erreicht werden, anstatt eine Mobilitätswende auf dem Rücken der ärmeren Bevölkerung und zum Nachteil anderer Länder durchzuboxen.



Micha Schlittenhardt

Beisitzer im Bundesvorstand

Vollautonome Waffensysteme ächten

Im letzten Eindruck-Heft wurde die Thematik der bewaffneten Drohnen von mir eingeführt. Dort habe ich mich klar für die Beschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr ausgesprochen. In diesem Beitrag möchte ich mich nun diametral mit der Bedrohung durch vollautonome Waffensysteme auseinandersetzen.

Bewaffnete Drohnen sind insoweit nicht autonom, als dass bei bewaffneten Drohnen nach wie vor ein Pilot die Kontrolle über die Position und den Waffeneinsatz innehat und dementsprechend auch mit den militärischen, moralischen und psychischen Konsequenzen seiner Entscheidung leben muss. Ganz anders stellt sich dies bei vollautonomen Waffensystemen dar. Ich werde diesbezüglich in diesem Beitrag ausführen, was vollautonome Waffensysteme sind, welche Gefahren damit verbunden sind und warum es dringend geboten ist, politisch tätig zu werden.

Was sind vollautonome Waffensysteme?

Vollautonome Waffensysteme, auch LAWs – Lethal Autonomous Weapons genannt, sind Waffen, welche einmal programmiert, ohne menschliches Zutun einen Feind zunächst identifizieren und in der Folge auch vernichten können. Diese Abfolge basiert auf Basis eines Algorithmus, also eines Programms, was dem System eingegeben wird. Demzufolge handeln LAWs autonom und ohne menschliche Kontrolle, rein auf Basis von Künstlicher Intelligenz.

Welche Gefahren entstehen durch LAWs?

Mit der Entwicklung und der etwaigen Nutzung von LAWs sind vielerlei verschiedene Gefahren verbunden. Die wohl schwerwiegendste Gefahr liegt auf der Hand. Der Mensch verliert die Kontrolle über Waffengewalt. Während bislang der Mensch stets in der Lage war, Einfluss auf eine Gefahrenlage zu nehmen, wird diese Kontrolle bei LAWs nunmehr vollends auf Maschinen und Robotik übertragen. Damit schwindet jedes menschliche Gefühl aus dem Einsatz von Waffengewalt und darüber hinaus auch jede Form der Verantwortlichkeit für den angerichteten Schaden. Während ein Mensch in der Folge des Einsatzes militärischer Gewalt stets den hohen moralischen Standards des Völkerrechts und des Militärs gerecht wer-

den muss, entfällt diese Komponente beim Einsatz vollautonomer Waffensysteme vollends. Das Menschliche verschwindet aus der Kriegsführung. Dabei sind es gerade jene menschlichen Aspekte, die zur Deeskalation einer Lage beitragen können. Denn der Mensch ist als Krone der Schöpfung einzig und allein in der Lage, Emotionen und Gefühle zu verspüren.

Der Einsatz tödlicher Gewalt durch Maschinen geht darüber hinaus mit tiefster moralischer Verwerflichkeit einher. Das humanitäre Völkerrecht und die unteilbaren Menschenrechte gestehen jedem Menschen eine unveräußerliche Menschenwürde zu. Diese Menschenwürde muss auch und insbesondere in bewaffneten Konflikten gelten. Die Vorstellung allein, dass das Leben eines Menschen, eines Soldaten durch die Gewalt einer Maschine genommen wird, macht mir Angst und nimmt dem Menschen jegliche Würde. Der Einsatz von vollautonomen Waffensystemen überschreitet klare rote Linien.

Die Würde des Menschen, auch im Krieg, muss oberste Priorität behalten, ungeachtet der technischen Möglichkeiten. Denn an dem Punkt, wo der Mensch einer Maschine gegenübersteht und ihr ausgeliefert wird ohne menschliche Steuerung, wird er selbst zur Sache degradiert. Es handelt sich um eine völlige Entmenschlichung und den Bruch mit unserem Sein als füreinander rechenschaftspflichtige Beziehungswesen. Wo Leben der ungesteuerten Vernichtung preisgegeben wird, sprechen wir nicht länger von technischem Fortschritt, sondern von einem Rückschritt in vormoderne Zeiten.

Eine weitere Gefahr liegt in der Entgrenzung militärischer Gewaltanwendung. Wenn mit dem Einsatz von militärischer Gewalt nicht mehr gleichzeitig der Einsatz des höchsten Gutes, des Menschenlebens, verbunden ist, sondern lediglich der Einsatz von ersetzbaren Maschinen, verliert die natürliche Begrenzung des Krieges jegliche Bedeutung. Skrupellose Machthaber werden diesen Fakt ausnutzen. Denn anders als Menschen gehorchen Maschinen unmittelbar und bedingungslos und werden somit zu höchstgefährlichen Instrumenten der Gewalt in den Händen von Diktatoren und Despoten.

Neben diesen zwei sehr schwerwiegenden Gefährdungen stehen darüber hinaus auch praktische Bedrohungsszenarien im Raum. So sind Maschinen und insbesondere die Robotik nie vollständig vor Fehlern oder z. B. Hackerangriffen geschützt. Fehler in autonomen



Waffensystemen können zu Schäden verheerenden Ausmaßes führen. Die Unberechenbarkeit von autonomen Waffensystemen birgt die Gefahr ständiger Unsicherheit, insbesondere auch für die Zivilbevölkerung. Dies verstößt gegen das Völkerrecht, welches dazu konzipiert wurde, die Zivilbevölkerung um jeden Preis zu schonen und zu schützen und aus Konflikten herauszuhalten.

Die Liste der Gefahren solcher Waffensysteme ließe sich sicherlich noch weiter ergänzen. Der Übersichtlichkeit und Verständlichkeit halber, möchte ich es an dieser Stelle dabei belassen.

Politischer Handlungsdruck

Die genannten Gefahren sollten uns als christliche Partei klar aufzeigen, dass es diese Form der Waffensysteme dringend zu verhindern gilt. Die Zeit zum Handeln ist allerdings knapp. So existieren bereits nahezu autonome Systeme, wie z. B. die Drohne IAI Harop, welche bereits im Krieg um Bergkarabach durch Aserbaidschan eingesetzt wurde. Diese Form der Waffensysteme, „Loitering Munitions“ genannt, kann in der Luft über lange Zeit ein Gebiet überwachen und stürzt sich, wenn es einen Feind ausmacht, völlig selbständig auf das Ziel und zerstört sich dabei selbst. Allein dieses Beispiel zeigt, wie weit die Technik bereits entwickelt wurde, um den Einsatz solcher Waffen möglich zu machen, und verdeutlicht gleichzeitig auf ungeschönte Art und Weise die Dringlichkeit politischen Handelns.

Ein rein unilaterales, also ein rein nationales Verbot solcher Waffensysteme hätte nahezu keinen Effekt. Was in diesem Fall benötigt wird, ist ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag, ähnlich dem Atomwaffensperrvertrag, und ein zusätzliches Abkommen über den Verzicht auf den Ersteinsatz, wie es ebenfalls für Nuklearwaffen vorliegt. Diese Abkommen müssen zeitnah geschlossen werden, bevor der Einsatz solcher Systeme tatsächlich spruchreif wird. Als Bündnis C sollten wir uns mit aller Kraft für ein Verbot von autonomen Waffensystemen einsetzen und dabei gezielt die Kooperation mit weiteren zivilen und politischen Akteuren suchen, um unserer

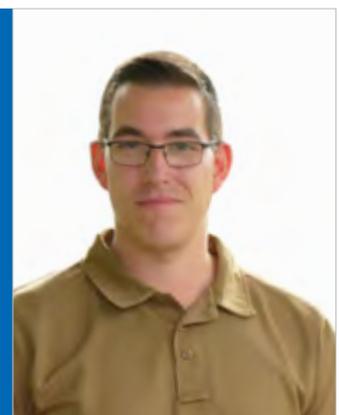
Forderung Nachdruck zu verleihen.

Der Mensch ist die Krone der Schöpfung und das einzige Wesen, dem Gott Emotion und Gefühle geschenkt hat. Dieses Gefühl darf niemals, erst recht nicht in bewaffneten Konflikten, durch die kalte Berechnung einer Maschine ersetzt werden!

Was können wir also konkret tun? Richten wir uns mit Aufrufen an die Bundesregierung, an unsere Partner der ECPM in Europa, an zivile Akteure wie Kirchen und christliche Gemeinden und stoßen wir eine gesellschaftliche Bewegung an, für die es hierzulande sicherlich eine breite Mehrheit gibt. Schaffen wir Kooperationen, um Deutschland und die Welt aus christlicher Liebe heraus vor den Gefahren von vollautonomen Waffensystemen zu schützen.

Alexander
Berghaus

Schatzmeister
Landesverband
Bayern



Debatte: Bewaffnete Drohnen und Auslandseinsätze der Bundeswehr

Hier veröffentlichen wir zwei Diskussionsbeiträge zum Artikel in EINDRUCK Nr. 19

Liebe Freunde von Bündnis C,

als langjähriges Parteimitglied (früher PBC) möchte ich Ihnen zu den o.g. Themen gerne meine Gedanken mitteilen. Vorab sei erwähnt, dass der von Alexander Berghaus verfasste Artikel sehr informativ u. sachlich ist und einen umfassenden Überblick über die schwierige Arbeit unserer Soldaten gibt. Vielen herzlichen Dank dafür.

Zum Thema „Bewaffnete Drohnen“ habe ich dem verteidigungspolitischen Sprecher der Fraktion „Die Linke“ Herrn Tobias Pflüger bereits am 17.07.20 nachfolgende Mail gesandt, allerdings ohne eine Antwort erhalten zu haben:

Sehr geehrter Herr Pflüger, mit Interesse habe ich Ihr Interview in der „Badischen Zeitung“ vom 09.07.2020 zum Thema Kampfdrohnen gelesen. Wie die Linkspartei lehne ich Krieg als Lösung von Problemen grundsätzlich ab, auch wenn Konflikte oft leider nur militärisch gelöst oder in den Griff zu bekommen sind. Um dem weltweiten Frieden ein Stück näher zu kommen, unterstütze ich u. a. seit Jahren die aktive Friedensarbeit des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ und hier insbesondere die länderübergreifende Jugend-Bildungsarbeit. Grund hierfür ist nicht zuletzt der Tod meiner beiden Onkel, die im zweiten Weltkrieg gefallen/gestorben(?) sind. Unter diesem schweren Verlust haben nicht nur meine Großeltern schwer gelitten, sondern auch die folgenden Generationen.

Nun zum eigentlichen Thema Kampfdrohnen: Stellen Sie sich szenarisch vor, Ihr Sohn (leider ist mir nicht bekannt, ob Sie Kinder haben) ist in einen Kampfeinsatz der Bundeswehr in irgendeinem Kriegsgebiet involviert. Bei einer bevorstehenden Militäraktion ist mit hohen Verlusten in den eigenen Reihen zu rechnen. Mittels Einsatz von Kampfdrohnen könnte man die Situation ohne „Kollateralschäden“ in den eigenen Reihen lösen. Sollte man dieses Mittel der technischen Überlegenheit dann nicht nutzen dürfen? Dieses Argument sollten Sie und Ihre Parteifreunde in Ihre Überlegungen zu diesem Thema einbeziehen.

Insofern würde ich mich der Meinung von A. Berghaus anschließen. Zum Thema „Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan“, der ja nach ganz aktuellen Verlautbarun-

gen am 11.09. dieses Jahres endlich enden soll, bin und war ich nicht der Meinung des früheren Verteidigungsministers Peter Struck, dass Deutschland am Hindukusch verteidigt wird. Wie später beim Irakkrieg, hätte Deutschland seine Teilnahme an der Terrorismusbekämpfung unter Führung der Amerikaner verweigern müssen. Wie sich gezeigt hat und man aus dem früheren, langjährigen Konflikt mit Russland in Afghanistan hätte erkennen müssen, war der Konflikt trotz militärischer Überlegenheit nicht zugunsten der westlichen Allianz zu entscheiden. Insofern ist es aus meiner Sicht richtig, alle Soldaten schnellstens heimzuholen, auch wenn viel geleistete Aufbauarbeit wahrscheinlich wieder zunichte gemacht wird. Wir sollten nicht glauben, dass wir einem Land mit einer völlig anderen Kultur, Religion, Mentalität usw. nur mal schnell demokratische Verhältnisse verpassen sollten und alles würde gut. Grundsätzlich sollte Deutschland bei militärischen Einsätzen mehr zurückhaltend sein und die enormen Mittel des Verteidigungshaushalts eher für präventive Friedensarbeit einsetzen.

Es grüßt Sie herzlich

Manfred Nierlin

Hallo, liebe Glaubensgeschwister!

Die Frage der Positionierung von Bündnis C zum Einsatz bewaffneter Drohnen finde ich sehr interessant. Vor Lesen des Artikels hätte ich ganz klar mit Nein geantwortet. Mein Gedanke war immer, dass man doch nicht einfach so Menschen abschießen und töten kann. Durch den umfassenden Artikel mit dem vielen Hintergrundwissen von Alexander Berghaus hat sich meine Meinung geändert. So wie er es schildert, kann ich mir vorstellen, bewaffnete Drohnen einzusetzen.

Den Auslandseinsätzen der Bundeswehr stand ich ebenfalls eher skeptisch gegenüber. Doch auch hier waren Herrn Berghaus' Erklärungen einleuchtend. So tendiere ich dazu, dass unsere Partei sowohl Auslandseinsätze als auch den Einsatz bewaffneter Drohnen befürworten kann. Bei der Entscheidung wünsche ich viel Weisheit und Gottes Segen. Natürlich bete ich auch dafür.

Mit lieben Grüßen,

Birgit Weibler

Als Wächter der Mauern um Israel stehen

Erneut musste sich Israel gegen Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen verteidigen. Wir stehen als Bündnis C an der Seite des jüdischen Volkes und fordern unsere Regierung zu klarer Unterstützung für Israel auf. Wir beten für das Land um Frieden, Heilung und Versöhnung, und dass Juden und Araber ihren Retter erfahren.

Israel geht seit zwei Jahren durch massive Erschütterungen: politisch mit vier Neuwahlen des Parlaments, gesellschaftlich mit massiven Einschnitten in Freiheitsrechte, wirtschaftlich mit den Folgen mehrerer Lockdowns und sozial mit der Impfkampagne, die eine Spaltung der Gesellschaft brachte. Gegen Covid-19 hat Israel die schärfsten Maßnahmen eines demokratischen Staates erlassen. Unmittelbar nach dem Ende des Lockdown ereignete sich beim ersten großen jüdischen Fest zu Lag-baOmer auf dem Berg Meron am 29. April ein Unglück mit mindestens 45 Toten und 150 Verletzten und damit eine der tödlichsten zivilen Katastrophen in der Geschichte des Staates Israel.

Provozierter Angriff

Im Ramadan kam es zu vermehrten Angriffen von Arabern auf Juden in der Jerusalemer Altstadt und zu gewaltsamen Provokationen in gemischten arabisch-israelischen Dörfern und Städten, angestachelt von der Hamas, dem Islamischen Djihaad und der Palästinensischen Autonomiebehörde. Angeheizt wurden die arabischen Aufstände zusätzlich durch die erneute Verschiebung überfälliger Wahlen in den Palästinensergebieten. Am Jerusalemtag eskalierten die Ausschreitungen palästinensischer Demonstranten gegen israelische Sicherheitskräfte auf dem Tempelberg. Ab dem Abend des 10. Mai feuerte die Hamas tausende Raketen auf Israel ab, und das Land befand sich an seinem 73. Unabhängigkeitstag am 14. Mai einmal mehr im Krieg. Die Hamas hat sich unter dem Schlagwort „Schwert von Jerusalem“ gegen Israel aufgestellt. Israel nannte seinen Militäreinsatz zur Verteidigung des Landes „Wächter der Mauern“.

Als Auslöser des Krieges wurden angebliche Räumungsanordnungen für Grundstücke in Scheikh Jarrah propagiert, um die bereits seit Jahren Rechtsstreite geführt werden. Eine gerichtliche Entscheidung dazu wurde nach dem Ende des Ramadan anberaumt, um die Situation nicht weiter anzuheizen. Die kürzliche



Rückübertragung von palästinensisch bewohnten Häusern in Ost-Jerusalem an ihre jüdischen Eigentümer am Ende eines langen juristischen Prozesses diente als ein Vorwand für die Angriffe aus Gaza. Die Al-Aqsa Moschee wurde zum „Al-Quds-Tag“ am letzten Tag des Ramadan von Palästinensern entweiht, die sie für geplante Angriffe auf jüdische Beter an der Klagemauer und auf die israelische Polizei benutzten. Für die Absage der palästinensischen Wahlen wurde Israel die Schuld gegeben, weil es die Wahlen in Ost-Jerusalem nicht zuließ. Die Fatah fürchtete jedoch, die Wahlen gegen die Hamas zu verlieren, und Palästinenserpräsident Abbas benutzte Ost-Jerusalem als Vorwand für die Absage.

Hamis und Iran gegen Frieden mit Israel

Mit den Angriffen auf israelische Städte zielte die Hamas vor allem darauf, Entwicklungen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Juden und Arabern zunichtezumachen. Israel hat in den vergangenen Monaten mit mehreren sunnitisch-arabischen Ländern Friedensverträge geschlossen. Auch innerhalb des Landes leben und arbeiten jüdische und arabische Israelis an vielen Orten friedlich zusammen. Zum ersten Mal spielte mit der Ra'am eine arabische Partei eine entscheidende Rolle in den Koalitionsverhandlungen für die Regierungsbildung. In diesen Entwicklungen

wurde die Hamas (wie auch der Iran) zunehmend isoliert und von arabischen Nachbarstaaten unter Druck gesetzt, endlich mit Israel Frieden zu schließen. Die Hamas versucht stattdessen, ihren extremistischen Einfluss auf Jerusalem und das Westjordanland auszudehnen und gewinnt damit gegenüber der moderateren Fatah immer mehr Zustimmung bei den Palästinensern.

Die Raketen, die aus dem Gazastreifen abgefeuert wurden, sind jedoch entscheidend auch das Ergebnis der langfristigen iranischen Unterstützung für die Hamas. Der Iran versorgt die Hamas seit Jahren bereits mit Bauteilen und technologischem Wissen, um Zehntausende von Raketen zu bauen mit dem klaren Ziel, Israel zu treffen. Bereits im Januar 2019 erklärte ein hoher Beamter des iranischen Regimes in iranischen Medien, dass diese Raketen abgefeuert würden, sobald es einen Vorwand dafür gäbe. Der Iran benutzt den Gazastreifen als Abschussrampe und als weitere Front gegen Israel.

Herausforderung für die neue Regierung

Mittlerweile wurde am 13. Juni Israels 36. Regierung vereidigt mit Naftali Bennett von der nationalreligiösen Jamina-Partei als Premierminister. Jair Lapid, Vorsitzender der linksliberalen Jesch Atid, soll im September 2023 das Amt des Premierministers übernehmen. Israels neue Regierung vereint mit 27 Ministern ein Parteienspektrum von der zentrischen Blau-Weiß-Partei über die säkular-nationale Partei Israel Beitenu, die konservativ-nationale Tikwa Chadascha bis zur linken Meretz-Partei und der arabisch-islamistischen Ra'am. Die Koalition wurde vom Willen gebildet, Amtsinhaber Benjamin Netanjahu nach 12 Jahren als Premierminister abzulösen.

Die neue Regierung will innenpolitisch die Spaltung in der Gesellschaft entlang politischer, religiöser und ethnischer Linien zusammenführen. Außenpolitisch sieht Bennett das iranische Atomprogramm als Israels größte Bedrohung. Er kritisiert das Internationale Atomabkommen mit dem Iran, das eins der brutalsten Regime der Welt legitimiert. Mit der Wahl des politisch-religiösen Extremisten Raisi zum neuen iranischen Präsidenten wird absehbar das militärische Atomprogramm fortgeführt. Wenige Tage nach Bennetts Amtseinführung flogen Brandballons aus Gaza nach Israel, woraufhin die israelische Luftwaffe erneut Stellungen der Hamas bombardierte. Bennett hatte bereits in der Vergangenheit betont, die israelische Armee solle auf Terror-Ballons genauso reagieren wie auf Raketenangriffe.



Wo steht Deutschland?

Angesichts der geplanten Aggression gegen Israel musste die Äußerung von Bundesaußenminister Maas befremden, der zu Beginn des Raketenfeuers aus dem Gazastreifen „alle Seiten“ zur Deeskalation aufforderte und damit Israel implizit mit beschuldigte. Damit werden anti-israelische Urteile in Deutschland bestärkt, wie sie sich in Angriffen auf Synagogen, brennenden Israel-Flaggen und antisemitischen Demonstrationen in mehreren deutschen Städten entluden. Die Boykott-Kampagne BDS rief zum „Nakba-Tag“ mit radikalen palästinensischen Organisationen zusammen zu Anti-Israel-Demonstrationen auf und verlangt ein „Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer“. Auch Maas' Appell, es nicht hinzunehmen, „wenn Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland für Ereignisse im Nahen Osten verantwortlich gemacht werden“ suggerierte eine vermeintliche Verantwortung Israels für die Kriegstreiberei der Hamas. In ähnlicher Weise beklagte der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung Felix Klein, dass Juden in Deutschland für Handlungen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht würden, anstatt sich unmissverständlich zur Selbstverteidigung Israels und

gegen jeden in Antizionismus verpackten Judenhass zu stellen.

Israel und die Palästinenser haben keine Chance auf Frieden, solange die Hamas und ihre iranischen Stellvertreter den Gazastreifen und Gebiete im Westjordanland de facto besetzen. Deshalb müssen die Regierungen in Europa sich dafür einsetzen, dass der Waffenschmuggel nach Gaza beendet wird. Die Rolle des Iran im aktuellen Konflikt mit Israel muss öffentlich angesprochen werden und es Konsequenzen geben in der Außenpolitik Deutschlands und der EU gegenüber der Hamas und dem Iran für die Eskalation der Gewalt gegen Israel. Deutschland darf nicht länger die Feinde Israels unterstützen: weder das Atomabkommen mit dem Iran, noch das Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge UNRWA und den Wiederaufbau in Gaza, wo die Mittel bei der Hamas landen, noch eine Zwei-Staaten-Lösung, die im Westjordanland einer weiteren militärischen Front gegen Israel Tür und Tor öffnen würde.

Die biblischen Zeichen der Zeit erkennen und handeln

Wir sehen mit den Abraham-Verträgen, Gebetshäusern in den Ländern rund um Israel und wie arabische Christen und messianische Juden immer mehr zu einer Familie zusammenwachsen. Die Vision von Jesaja 19,23ff wird vor unseren Augen Realität, unterstützt von Christen aus aller Welt: „Zu der Zeit wird eine Straße sein von Ägypten nach Assyrien, dass die Assyrer nach Ägypten und die Ägypter nach Assyrien kommen, und die Ägypter samt den Assyrern werden dem Herrn dienen. Zu der Zeit wird Israel der Dritte sein mit Ägypten und Assyrien, ein Segen mitten auf Erden; denn der HERR Zebaoth wird sie segnen und sprechen: Gesegnet bist du, Ägypten, mein Volk, und du, Assur, meiner Hände Werk, und du, Israel, mein

Erbe!“ Deutschland kann diese Verheißungen mit zur Erfüllung bringen und weitere Friedensverträge mit arabischen Nachbarländern voranbringen, die die Kriegstreiberei der Hamas und des Iran vereiteln.

Israel selbst hat mit der Vielfalt seiner neuen Regierung einen Motor für die Überbrückung von Gräben innerhalb der israelischen Gesellschaft und zur Versöhnung mit seinen Nachbarn. Möge der Herr jetzt Seinen Geist noch einmal ausgießen auf Jerusalem, wie in Joel 3 für die letzte Zeit vor der Wiederkunft Jesu verheißt. Dafür beten wir. „Denn auf dem Berge Zion und zu Jerusalem wird Errettung sein, wie der HERR verheißt hat, und bei den Entronnenen, die der HERR berufen wird.“ (Joel 3,5). Als Nation sind wir auf dem Weg ins Tal der Entscheidung für oder gegen Israel (Joel 4). Dabei wird sich bis zuletzt zeigen: Wer sich an Israel vergreift, verbrennt sich die Finger. Die Leidtragenden bisher und Warnung für uns sind die Völker im Gazastreifen, im Libanon, in Syrien, im Iran. Ein wirkliches Zeichen der Freundschaft und Staatsräson für Israel wäre die Verlegung der deutschen Botschaft nach Jerusalem, in Israels ungeteilte Hauptstadt, wie es immer mehr Nationen tun. Beten und arbeiten wir, dass die neue Bundesregierung die Zeichen der Zeit erkennt und handelt.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C



Ankündigung Bundesparteitag

Der diesjährige ordentliche Bundesparteitag findet am 13. November 2021 in Karlsruhe statt.

Unsere Mitglieder erhalten die Einladung mit den Beschlussvorlagen satzungsgemäß Ende Oktober 2021.

Der Parteitag ist öffentlich. Gäste sind willkommen.

Die konkrete Ausgestaltung wird sich nach den dann geltenden Vorschriften richten.

Bitte reservieren Sie den Termin!

Anträge zum Bundesparteitag sind satzungsgemäß bis zum 14.10.2021 bei der Bundesgeschäftsstelle einzureichen.

Jetzt anmelden!

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in
Deutschland und
in andere EU-/EWR-
Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

Bündnis C – Christen für Deutschland

IBAN

DE60660501010108232562

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

KARSD66XXX

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

08

Datum

Unterschrift(en)

Schreibmaschine: normale Schreibweise
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN
(mit dabei: Kästchen für die Beschriftung)

Formular zum Anfordern von Infomaterial

Schneiden Sie diese Seite aus und geben Sie sie auch an Freunde weiter!

Ich habe von Bündnis C gehört und möchte mehr erfahren, bitte senden Sie mir Folgendes zu:

- Das Kennenlern-Infopaket (Aktuelle Faltblätter und die Grundsätze sowie die aktuelle Ausgabe des Magazins EINDRUCK).
- Ich brauche ____ Stück von den Handzetteln.
- Ich brauche ____ Stück vom Treppenfalz-Flyer.
- Ich brauche ____ Stück von der Minibroschüre zur Israel-Politik.
- Ich brauche ____ Stück vom aktuellen EINDRUCK-Magazin zum Auslegen und Verteilen im Bekanntenkreis.
- Ich brauche ____ Stück von den Grundsätzen und Eckpunkten.
- Ich brauche ____ Stück vom Kurzprogramm 2021.



Erstinfo-Flyer: Unser Mini-Handzettel liefert einen Schnellüberblick über das Positionsspektrum von Bündnis C.



Minibroschüre zu unserer Israel-Politik, kurzgefasst



Kurzprogramm 2021



Schick, kurz und bündig: Unser Treppenfalz-Faltblatt „Warum Bündnis C wählen?“

Name, Vorname: _____

Straße und Hausnummer: _____

PLZ und Ort: _____

Telefonnummer oder E-Mail-Adresse für Rückfragen: _____

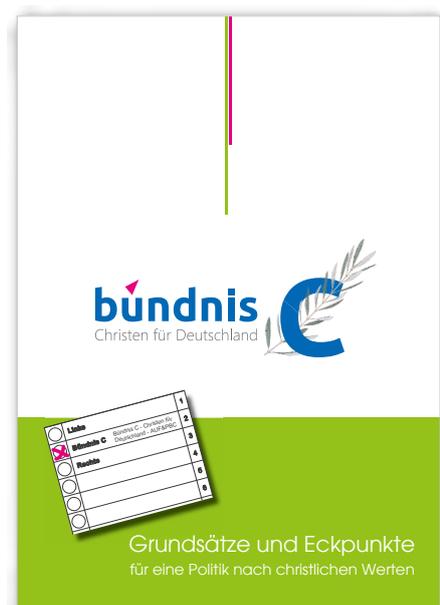
Bitte postalisch senden oder per Handyfoto mailen an:

Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

E-Mail: info@buendnis-c.de



Anspruchsvoll: Unsere „Grundsätze und Eckpunkte für eine Politik nach christlichen Werten“

Hoffnungsträger: Bist du bereit?



Wir leben in einer turbulenten Zeit, wo viele Menschen in Deutschland sich fragen: Wie geht es weiter? Was erwartet uns? Gibt es irgendwo Hoffnung? Wer gibt mir Sicherheit?

Sie schauen oft sehnsüchtig nach Berlin zu den ganzen Politikern. Sie erwarten Antworten und Lösungen auf Ihre Nöte und Ängste, und oft bekommen Sie keine. Zu oft werden sie enttäuscht und es scheint kein Ende in Sicht. Wir sind alle mehr denn je herausgefordert, auch als Bündnis C einen Unterschied zu machen und Lösungen anzubieten. In Gesprächen bemerke ich immer wieder, wie man uns auch als kleine Partei beobachtet und zurecht fragt: Was ist anders bei euch? Was sind eure Lösungen und Ansätze? Wo macht Ihr einen Unterschied?

Ich bin dankbar für unser tolles Kurzprogramm (was ich jedem empfehle, auch auf Vorrat da zu haben), wo wir in vielem uns deutlich abheben und damit Wähler erreichen können. Aber wir haben noch viel mehr zu geben und können klar einen Unterschied in dieser Welt machen.

Beruflich arbeite ich derzeit bei einem Bildungsträger und habe hier jeden Tag mit Arbeitssuchenden, Existenzgründern und Unternehmern zu tun. Sie kommen aus allen Branchen, Menschen angefangen von der Reinigungskraft bis hin zum Geschäftsführer. Jeden kann es erwischen, dass er zum Beispiel arbeitsuchend wird. Diese Menschen sind oft sehr als verzweifelt, da Ihnen der Boden unter den Füßen teilweise wegbricht. Ganz viele haben Mobbing erlebt und wur-

den ausgenutzt und sind häufig auch krank geworden. Sie suchen oft nach einer Neuorientierung für Ihr Berufsleben, haben viele Fragen und brauchen Hilfe. Meine Aufgabe darin ist, sie dort, wo sie sich befinden, abzuholen, ihnen zuzuhören, sie erst zu nehmen, mich für diese Menschen zu interessieren und mit Ihnen gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Es ist mir ein Herzensanliegen, den Menschen Hoffnung zu geben und einfach für Sie da zu sein. Ich erwähne nicht, dass ich an Gott glaube. Aber wie oft habe ich bemerkt, dass die Menschen einen Unterschied merken und wieder neue Hoffnung schöpfen. Es tut Ihnen oft so gut, dass Sie jemand ernst nimmt und Ihnen zuhört.

Wir sind in diese Gesellschaft gerufen – jeder da wo er gerade ist. Wir sollen Hoffnungsträger sein und eine Veränderung in dieses Land bringen. Mit Bündnis C haben wir einen Auftrag. Vielleicht ist jetzt die Zeit, sich intensiv ins Gebet zu begeben und Gott zu fragen: Wo ist mein Platz bei Bündnis C? Wo kann ich meine Talente einbringen? Jeder von uns ist gerufen, seinen Platz einzunehmen – egal ob du jung oder alt bist.

Nimmst du deine Position ein? Lässt du dich von Gott rufen und gehst voran und möchtest dazu beitragen, dass unser Land verändert wird?

Ich möchte jeden ermutigen. Geh voran – Gott braucht Dich. Er möchte mit Dir dieses Land verändern und sein Licht durch dich scheinen lassen!



Verena
Thümmel

Beisitzerin
Bundesvorstand/
Stellv. Landes-
vorsitzende Bayern

bündnis C



buendnis-c.de/eindruck-magazin

IMPRESSUM

EINDRUCK – das Magazin zur Politik von Bündnis C – Nr. 20 – 2021/2

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Karin Heepen
Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: eindruck@buendnis-c.de

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C.
Abbildungen auf Seite 1: Dirk Sieberhagen-Wagenführ; 15: mohamed_hassan/Pixabay; 19: Greenpeace/Twitter; 24: PxHere; 29: <https://erbarmenueberdeutschland.de>; 34: Screenshot vom Dashboard des RKI; 36/37: Micha Schlittenhardt; 37: Samuel Gesang; 39: Defence-Imagery/Pixabay; 42: Toa Heftiba/Unsplash; 43: Daniel Newman/Unsplash; 46: Meine Reise geht hier leider zu Ende. Märchen beginnen mit/Pixabay

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Heftnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.



Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Telefon: 0721-49 55 96

E-Mail: info@buendnis-c.de

Internet: www.buendnis-c.de



Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX